

Eugen Herman-Friede



Einige wenige Tage vor dem Einmarsch der Deutschen in die Schweiz im September 1940 wurde Eugen Herman-Friede in der Schweiz geboren. Er war der Sohn von Eugen Herman-Friede, einem in der Schweiz lebenden Juden, und seiner Frau, die ebenfalls in der Schweiz lebte. Eugen Herman-Friede war ein junger Mann, der in der Schweiz lebte und arbeitete. Er war ein junger Mann, der in der Schweiz lebte und arbeitete. Er war ein junger Mann, der in der Schweiz lebte und arbeitete.



Oskar und Emilie Schindler



- 3 Zweifacher Schmerz. Speziallagererinnerung
jenseits falscher Analogien und Retrodebatten
Volkhard Knigge
- 15 Die neue Gedenkstätte Stille Helden.
Widerstand gegen die Judenverfolgung 1933–1945
Beate Kosmala
- 20 Digitalisierung der WVHA-Häftlingskartei – ein Projektbericht
Christian Römmer
- 26 Nationalsozialismus und Holocaust – Themen für Kinder?
Michaela Illner
- 32 Das Jüdische Deportations- und Widerstandsmuseum
im belgischen Mechelen.
Perspektiven der historisch-politischen Bildungsarbeit
Tanja von Franzecky
- 40 Veranstaltungshinweise
- 43 Literaturhinweise
- 45 Juliane Brauer: Musik im Konzentrationslager Sachsenhausen
Christine Müller

Titelfoto: Blick in die Ausstellung »Stille Helden«. Siehe auch den Beitrag von
Beate Kosmala in diesem Heft. Abbildung: Gedenkstätte Deutscher Widerstand/
Thomas Bruns

Zweifacher Schmerz

SPEZIALLAGERERINNERUNG JENSEITS FALSCHER ANALOGIEN UND RETRODEBATTEN

Volkhard Knigge

Verfolgt man Auseinandersetzungen um die angemessene Erinnerung an die sowjetischen Speziallager in der SBZ/DDR wie die von Jörg Schönbohm ausgelöste¹ – der brandenburgische Innenminister hatte in seiner den KZ-Opfern gewidmeten Gedenkrede zum Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Sachsenhausen auch aller Insassen des sowjetischen Speziallagers Nr. 7/Nr. 1 gedacht –, ist man verblüfft. Geredet und nur zu häufig polemisiert wird, als hätten die nach 1990 intensivierten Forschungsanstrengungen zur Geschichte und Bedeutung dieser Lager nicht zu Erkenntnisfortschritten geführt, die zugleich objektivierte Orientierungspunkte für sachlich und ethisch angemessenes historisches Erinnern geben. Damit die Erinnerung an die sowjetischen Speziallager und an das mit diesen Lagern untrennbar verbundene stalinistische Unrecht durch die Reduktion der Erinnerung auf Legenden oder politisch funktionalisierte Geschichtsbilder nicht delegitimiert wird, scheint es dringend geboten, die besonderen Herausforderungen der Erinnerung an die sowjetischen Speziallager neuerlich ins Gedächtnis zu rufen und damit einen Beitrag für eine Geschichts- und Erinnerungskultur zu leisten, die sich in überholten Frontstellungen und überflüssigen Retrodebatten nicht verschleißt. Denn während Interessenverbände, Politiker oder Teile der Medien mit historischen Verzerrungen oder Vereinfachungen aufwarten und damit zur Perpetuierung längst überholter Auseinandersetzungen beitragen, liegen die tatsächlichen Herausforderungen zukunftsfähiger erinnerungskultureller Praxis ganz wo anders. In Frage steht nicht zuletzt, wie nachwachsenden Generationen, die keine persönlichen Erfahrungen mehr mit Nationalsozialismus oder SED-Diktatur verbinden, die Relevanz der Auseinandersetzung mit beiden deutschen Diktaturen und Zweitem Weltkrieg für ihr eigenes Leben erfahrbar und begreiflich gemacht werden kann. Retrodebatten, die Erinnerungskultur nicht nur auf der Stelle treten lassen, sondern darüber hinaus den Anschein erwecken, Erinnerungskultur sei nur ein anderes Wort für Politik mit der Erinnerung, tragen zur Lösung solcher Probleme nicht nur nicht bei, sondern verschärfen sie, insofern sie potentiell alle Vermittlungs- und Auseinandersetzungsbemühungen in ein schiefes Licht rücken.

Bevor ich die besonderen Herausforderungen öffentlichen Erinnerns an die sowjetischen Speziallager herausarbeite, möchte ich kurz auf die Frage eingehen, ob die Erinnerung an diese Lager – wie die Erinnerung an kommunistische Untaten in SBZ und DDR überhaupt – förderpolitisch im Schatten der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus steht und deshalb behindert wird. Immerhin hat diese Behauptung u.a. das von Günter Nooke ausgearbeitete, am 17. Juni 2004 in den Bundestag eingebrachte, dort nach massiver inländischer und ausländischer Kritik gescheiterte »Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen« motiviert.² Der Blick in die 1990er Jahre zeigt im Gegensatz dazu, dass institutionelle Stabilisierung und Intensivierung der KZ-Gedenkstättenarbeit weder von Bund noch Ländern einseitig befördert worden sind. Fortschritte erweisen sich anfänglich vielmehr als Nebeneffekte

der gezielten Aufarbeitung der SED-Diktatur, etwa der unvermeidlichen Reform der ehemaligen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR wie Buchenwald oder Sachsenhausen. Aus deren Reform gehen die ersten großen, institutionell differenzierten, für professionelle Arbeit ausgestatteten, vom Bund mitgeförderten KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik hervor. Gedenkstätten, die aber zugleich auch Erinnerungsorte für die Speziallager sind, die die sowjetische Geheimpolizei von 1945 bis 1950 in Teilen Buchenwalds und Sachsenhausens betrieb. Auch die Ermöglichung von Bundesförderung für andere KZ-Gedenkstätten erweist sich als Nebenprodukt, in ihrem Fall als Nebenprodukt der von 1995 bis 1998 tagenden Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit«.³ Zu deren Arbeitsauftrag gehörte zunächst nur die Ausarbeitung von Förderrichtlinien für die Erinnerung der SED-Diktatur; Empfehlungen, die allerdings, wie die Kommission nachträglich erkannte, delegitimiert worden wären, wenn sie über diesen Arbeitsauftrag hinaus nicht den Mangel an entsprechenden Empfehlungen für die NS-Erinnerung ausgeglichen hätte. Anders gesagt, Reformzwang und dezidiertes Wille zur zügigen Aufarbeitung des SED-Unrechts haben die NS-Erinnerung umwegig mit befördert. Schon deshalb sind die Förderkriterien der von der Enquete-Kommission auf den Weg gebrachten Gedenkstättenförderkonzeption des Bundes für beide Erinnerungssphären gleich.⁴ Ein Unterschied besteht allerdings: Ein Pendant zur »Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur« mit den entsprechenden Möglichkeiten für Forschungsförderung oder zur Förderung der Arbeit von Opferverbänden gibt es für den NS-Bereich nach wie vor nicht.⁵ Gründe für Schwierigkeiten, die Geschichte der sowjetischen Speziallager sachlich und ethisch angemessen zu erinnern, müssen folglich jenseits der Förderstrukturen gesucht werden. Sie finden sich sowohl in der mehrdimensionalen Geschichte und Funktion dieser Lager wie in der Geschichte deren Interpretation.

Auf umfängliche und gesicherte Forschungsbefunde gestützte Darstellungen der Speziallager und ihrer Funktion lagen 1990 nicht vor. In der DDR war die Geschichte der Lager überwiegend beschwiegen worden. Forschung war nicht gewollt. Einzig die Auflösung der Lager im Frühjahr 1950 hatten Medien mit Billigung der SED propagandistisch aufbereitet zum Thema gemacht. Im Licht des staatsoffiziellen Antifaschismus galten Fragen zudem als überflüssig. Denn die UdSSR hatte die Lager angeblich entsprechend der Potsdamer Beschlüsse ausschließlich für Nazi- und Kriegsverbrecher eingerichtet. Gänzlich tabuisiert wurde die erschreckend hohe Todesrate, die in keinem Verhältnis zur Sterblichkeit in westalliierten Internierungslagern⁶ stand, wie auch die Tatsache, dass die vor allem an den Folgen von Unterernährung im Winter 1946/47 Umgekommenen anonym und menschenunwürdig in unmittelbarer Lagernähe, d.h. für Buchenwald und Sachsenhausen in unmittelbarer Nähe zu den späteren Nationalen Mahn- und Gedenkstätten, verscharrt worden waren. Die offizielle Lesart von Sowjetunion und DDR spiegelt sich selbst noch in der offiziellen Stellungnahme des Innenministeriums der UdSSR im Jahre 1990 wider, mit der dieses auf die in der Bundesrepublik neu entbrannte Debatte um die Speziallager reagierte. Auch in Westdeutschland fehlte es an umfassender Forschung. Allerdings berichteten westdeutsche wie internationale Medien über die Existenz dieser Lager, zunehmend in Tönen, die den Frontstellungen und Zielen des Kalten Krieges entsprachen. Außerdem thematisierten nach ihrer Entlassung in den Westen gegangene ehemalige Internierte, aber auch die Ostbüros der Parteien, die Speziallager. Spätestens nach dem Mauerbau 1961 nahm das Interesse

rapide ab,⁷ gleichwohl blieben die Lager Gegenstand einer in Teilen verdienstvollen und realitätsnahen Publizistik. Die komplexeste Geschichte zu den sowjetischen Speziallagern legte 1979 Karl Wilhelm Fricke als Teil seines Buches Politik und Justiz in der DDR vor.⁸ Auf kaum mehr als dreißig Seiten behandelte er hier auch die Geschichte aller sowjetischen Speziallager in der SBZ/DDR. Deutlicher kann der seinerzeitige Informations- und Quellenmangel nicht zum Ausdruck kommen. Ost- und westdeutsche Vorgeschichte zusammengenommen verwundert es nicht, dass absichtsvollen Verzerrungen, Tabus, Kenntnislücken, zwischenzeitlich entstandenen Legenden und der Druck gestauter Erinnerungen die ab 1990 geführten Speziallager-Debatten in erheblichem Maße mitgeprägt haben. Unterschiedliche, zum Teil sich ausschließende Interpretationen des Charakters und der Funktion der Lager standen – und stehen noch heute immer wieder – einander gegenüber. Neben der bereits erwähnten Deutung in der DDR gehören hierzu folgende: Verhaftungen und Einlieferungen in die Speziallager hätten allenfalls scheinbar einen Entnazifizierungshintergrund gehabt. In Wirklichkeit sei es um die brutale Ausschaltung jedweder politischen Opposition gegangen. Tatsächliche Nationalsozialisten habe es in den Speziallagern deshalb kaum gegeben. Behauptet wurde und wird aber auch, die Lager seien Instrumente des »Klassenmordes« im Sinne von Enteignung und Ausmerzungen der Elite des deutschen Volkes gewesen. Hermann Kreuzer hat sogar von Lagern für den »Holocaust gegen die bürgerlich-bäuerlichen Bevölkerungsteile« gesprochen.⁹ Eine andere Interpretation wiederum besagt, dass sich in den Lagern allein die »kleinen Würstchen der [braunen – V.K.] Diktatur« befanden, da sich die »großen Nazis« rechtzeitig in den Westen abgesetzt hätten. Und schließlich gab es die These, den Verhaftungen und Einlieferungen habe überhaupt kein erkennbares System zu Grunde gelegen. Sie seien Ausdruck bloßer Willkür, Ausdruck einer Art kollektiver, einschüchternder Geiselnahme zur Sicherung sowjetischer Herrschaft gewesen. Als Belege für die skizzierten Behauptungen dienten gemeinhin einzelne, unüberprüft verallgemeinerte Beispielfälle. Auf umfassende und seriöse Forschung ließen sie sich dagegen, wie bereits gesagt, nicht stützen. Hervor sticht, dass alle Interpretationen selbstverständlich davon ausgehen, Charakter und Funktion der Speziallager ließen sich monodimensional fassen.

Die brisanteste und für angemessene Erinnerung damals wie heute herausforderndste Frage war die nach der Zusammensetzung der Häftlinge in den Speziallagern. Nicht nur, weil die Zusammensetzung ein Indikator für die Verortung der Lager zwischen Kriegsfolge und Entnazifizierung einerseits und Durchsetzung und Sicherung sowjetischer Herrschaft andererseits sein konnte, sondern vor allem auch, weil alle Vertreter der NS-Opfer darin übereinstimmten, dass ungesicherte, unreflektierte Darstellungen ebenso wenig zu rechtfertigen seien – und die Auseinandersetzung der Deutschen mit der NS-Vergangenheit unglaublich machten – wie ein Gedenken an NS-Belastete, erst recht an den Orten ehemaliger nationalsozialistischer Konzentrationslager. Eine Überzeugung, die auch von Vertretern der Opfer der sowjetischen Speziallager geäußert wurde. In Anerkennung dieser und der zahlreichen anderen offenen Fragen und ungesicherten Interpretationen stellte beispielsweise die vom Freistaat Thüringen für die Neukonzeption eingesetzte Historikerkommission nach ihrer ersten Sitzung im September 1991 folgerichtig fest: »Für die endgültige Gestaltung einer Gedenkstätte zum Speziallager 2, für eine Ausstellung bzw. Dokumentation sind weitere Aufklärungen und langfristige Forschungsarbeit notwendig.«¹⁰ Die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und

Mittelbau-Dora ist dieser Forderung u.a. durch die Etablierung eines übergreifenden, mehrjährigen Forschungsprojektes nachgekommen, an dem neben der Gedenkstätte Buchenwald auch die Friedrich-Schiller-Universität Jena (Prof. Dr. Lutz Niethammer), die Fernuniversität Hagen (Dr. Alexander von Plato) und die Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen (Prof. Dr. Günter Morsch) beteiligt waren. Überdies gelang es bereits Anfang der 1990er Jahre, eine ergiebige Kooperation mit dem Staatlichen Archiv der Russischen Föderation aufzubauen, so dass in bisher undenkbarem Ausmaß relevante Speziallagerakten erschlossen werden konnten, die es nicht zuletzt ermöglichten, schicksalsbezogene Anfragen von Angehörigen zu beantworten. Auf Vorgeschichte und Ergebnisse dieses Projektes wird an anderer Stelle in diesem Band eingegangen.¹¹

Die Forschungsanstrengungen führten zu zwei zentralen Erkenntnissen, die den oben skizzierten Interpretationen wie auch ihrem monodimensionalen Charakter deutlich widersprachen. Erstens erwies sich die den bisherigen Darstellungen zu Grunde liegende Annahme von nach Funktion und Häftlingszusammensetzung weithin gleichartigen Lagern als unzutreffend. So dienten Speziallager der Aufnahme von Internierten wie von Verurteilten sowjetischer Militärtribunale, wurden zeitweilig aber auch zur Aufnahme bereits aus westallierter Kriegsgefangenschaft entlassener Wehrmachtangehöriger genutzt oder für verurteilte sowjetische Staatsbürger als Durchgangsstation zum Gulag. Lager konnten – wie das Speziallager in Buchenwald, in dem sich ausschließlich Internierte befanden – nur eine Funktion erfüllen; andere, gleichzeitig oder ungleichzeitig, mehrere, wie das Speziallager in Sachsenhausen, das von der Besatzungsmacht sowohl für Internierte als auch für SMT-Verurteilte genutzt wurde. Unterschiede ließen sich aber nicht nur in quasi arbeitsteiliger Hinsicht mit entsprechenden Folgen für die Häftlingszusammensetzung nachweisen, sondern die Lager änderten sich auch im zeitlichen Verlauf. So sollten sie im Frühjahr 1945 vor allem der Rekrutierung von Arbeitskräften für die Beseitigung von Kriegsschäden in der Sowjetunion dienen. Eine Reparationsmaßnahme, die die Billigung der Westalliierten hatte. Danach – bis in das Jahr 1946 hinein – dienten sie der Aufnahme tatsächlicher oder vermeintlicher aktiver Nationalsozialisten und von Personen, die als Sicherheitsrisiko angesehen wurden, darunter der Spionage Bezichtigte oder sogenannte Werwölfe. Später wurden zahlreiche Verurteilte sowjetischer Militärtribunale, nach bisherigem Forschungsstand ganz überwiegend ohne akuten NS-Hintergrund, in Speziallager verbracht. 1948 kam es zur Entlassung des größten Teils der 1945/46 internierten Personen mit der Folge, dass sich die Struktur der in den Lagern weiterhin Festgehaltenen massiv veränderte. Nimmt man diese Ergebnisse ernst, dann folgt daraus, dass sich Befunde zu den einzelnen Lagern nicht eins zu eins auf andere Lager übertragen lassen und dass sich historisch entkonkretisierte und entkontextualisierte Pauschalinterpretationen egal welcher Art verbieten. Beinahe überflüssig zu sagen, dass dies Folgen für die jeweils konkrete Verortung und Charakterisierung der einzelnen Speziallager und – dementsprechend – für die jeweils angemessene Gestaltung von Gedenkstätten, Ausstellungen, Denkmalen oder pädagogischen Konzepten haben muss.

Auch in die Diskussionen um das sowjetische Speziallager in Buchenwald und die ihm angemessene Ausgestaltung von Erinnerung gehörte die Frage nach der Zusammensetzung der Lagerinsassen und ihrer Verbindung mit dem Nationalsozialismus zu den umstrittensten und am heftigsten diskutierten. Selbst wenn es damals wie heute aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist, eine auf Punkt und Komma prozentgenaue

Statistik zu erstellen, haben die Forschungsanstrengungen hinsichtlich der Gewich-
tungen einen klaren Gesamtbefund erbracht, der durch zahlreiche Zeitzugenaussagen
bestätigt wird. Weit über 80 Prozent der ins Speziallager Buchenwald Verbrachten sind
demnach bereits 1945 von sowjetischen Organen verhaftet worden. Einen kleinen Teil
nahmen NKWD-Trupps 1946 fest; oft im Zuge von Registrierungsaktionen, aber auch
auf Grund brutaler Vernehmungen und persönlicher Denunziationen, die Verhaftungen
nach dem Schneeballprinzip zur Folge haben konnten. Bei den Internierten handelte
es sich ganz überwiegend um Männer, die zwischen 1885 und 1905 geboren, d.h. 1933
erwachsen und mündig gewesen waren. Die Zahl der Frauen und die von Jugendlichen
unter 18 Jahren lag dagegen unter fünf Prozent. Hieraus ergab sich unter anderem,
dass die 1990 und später noch lebenden Zeuginnen und Zeugen nicht die für Buchen-
wald typischen Internierten repräsentierten. Zentrale Befunde trafen deshalb auf sie
ebenso wenig zu, wie ihre persönlichen Erinnerungen der Geschichte der Kerngruppe
der Internierten umfassend gerecht werden konnten. Anders gesagt, die Verhaftungen
betrafen mehrheitlich aktive Mitglieder der NSDAP bzw. ihrer Gliederungen und Ver-
bände in unteren und mittleren Ämtern. Darüber hinaus bezogen sie sich auf Beamte
und Angestellte von Polizei, Justiz und Staatsapparat – z.B. Mitarbeiter von Arbeit-
sämtern –, Bürgermeister, Ortsbauernführer und sogenannte Sonderführer im von der
Wehrmacht besetzten Osten, denen der Vorwurf der Misshandlung von ausländischen
Zwangsarbeitern gemacht wurde. Hinzu kam eine größere Zahl von Personen, die aus
Sicht der Besatzungsmacht ein Sicherheitsrisiko darstellten – sogenannte Werwölfe,
Spione und Diversanten –, die zumeist auf bloßen Verdacht hin festgenommen worden
waren. NS-Konzentrationslager- oder Gefängnispersonal, Mitglieder der SS bzw. ander-
er »verbrecherischer Organisationen« im Sinne der Nürnberger Prozesse lassen sich
nur in kleiner Zahl nachweisen. Gleiches gilt für die Angehörigen geistiger Eliten
und für Unternehmer und Gutsbesitzer und selbst dann für demokratische Gegner der
Sowjetisierung der SBZ/DDR, wenn man so unscharfe Haftgründe wie »Handlungen
gegen die sowjetische Besatzungsmacht« einbezieht. Eine persönliche Beteiligung an
NS-Verbrechen – im strafrechtlichen Sinn – wird nur in Bezug auf eine kleine, aber
nicht vernachlässigbare Zahl der Internierten erkennbar. Entsprechend der westalliierten
wie sowjetischen Festlegungen für die Internierung war ein solcher Nachweis aber auch
keine Internierungsvoraussetzung. Vielmehr lautete die noch Ende 1946, d.h. nach dem
faktischen Abschluss der Internierungsmaßnahmen, von allen Alliierten bekräftigte
Position: »Ein Unterschied soll zwischen der Gefangensetzung von Kriegsverbrechern
und ähnlichen Rechtsbrechern und der Internierung von Personen gemacht werden,
die gefährlich werden und deshalb in Haft gehalten werden können, weil ihre Freiheit
eine Gefahr für die Sache der Alliierten bedeuten würde.«¹² Bei genauer Beurteilung
der verschiedenen Überlieferungen wird deutlich, dass zahlreiche Beschuldigungen
unzutreffend oder nur partiell zutreffend waren. Ein Umstand, der sich bereits aus den
angesprochenen Verhaftungen auf Verdacht oder infolge verleumderischer Denunzi-
ationen erhellt. So gesehen findet sich auch eine, allerdings schwer zu beziffernde
Gruppe völlig unschuldig Verhafteter unter den im Speziallager Buchenwald Internierten.
Nicht bestätigt hat sich dagegen, dass die Vorwürfe gegen die Gefangenen generell
unbegründet gewesen seien oder allenfalls zufällig zuträfen. Es sei an dieser Stelle
noch einmal unterstrichen, dass der hier umrissene Befund sich nicht allein aus der
Analyse sowjetischer Quellen ergeben hat, sondern durch Quellen nichtsovietischer

Provenienz und Zeitzeugenberichte, verschiedene Befragungen von Betroffenen nach 1990, biografische Recherchen und gruppenbiografische Fallstudien erhärtet worden ist. Der Umstand, dass die Genauigkeit mancher Aussagen zu wünschen übrig lässt, ist kein Argument gegen sie, sondern eine Herausforderung an die Forschung, zumal sich für gegenteilige Interpretationen erst recht keine kritischer Nachfrage standhaltenden Belege und Begründungen beibringen lassen. Erwähnenswert ist zudem, dass kaum ein noch lebender, ehemals im Speziallager Buchenwald Gefangengehaltener für sich in Anspruch nimmt, als demokratischer Opponent verhaftet worden zu sein. So erklärte im Gegenteil etwa Kurt Noack ausdrücklich, dass keiner der Buchenwaldinternierten in einer Opposition zur Besatzungsmacht gestanden habe, die eine Verhaftung nötig gemacht hätte. Für eine solche Haltung hätte es unmittelbar nach dem Krieg weder Mut noch Gelegenheit gegeben. Entsprechend sind die Aussagen der Gedenkstätte in Bezug auf die Zusammensetzung der Lagerinsassen auch von ehemaligen Internierten breit akzeptiert worden, allerdings nicht immer die Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Unstrittig waren hingegen die rücksichtslosen, brutalen Praktiken der Einweisung ins Lager und die menschenverachtende, jeder Vorstellung von Recht und Gerechtigkeit spottende Behandlung der Gefangenen. Nirgends kommt der stalinistische Charakter der Lager deutlicher zum Ausdruck als hier und in der verheerend hohen Zahl derer, die die Speziallager nicht überlebt haben. Die Erinnerung der Lager lässt sich von dieser erschreckenden Opferbilanz nicht trennen.

Selbst dieser knappe historische Umriss dürfte deutlich gemacht haben, welche Herausforderungen sich mit der Erinnerung an die sowjetischen Speziallager verbinden, Anforderungen, die Bernd Faulenbach versucht hat, mittels der Formel »die nationalsozialistischen Verbrechen nicht relativieren, die stalinistischen Verbrechen nicht bagatellisieren« auf den Punkt zu bringen.¹³ Vermutlich würde nur ein offener Revisionist diesem Satz widersprechen. Gleichwohl muss ihm zuzustimmen nicht heißen, die konkreten Konsequenzen, die sich daraus ergeben, vollumfänglich beachten zu wollen. Das haben die Auseinandersetzungen um die Speziallager immer wieder deutlich gemacht. Denn zum einen wird nach wie vor so getan, als sei durch die interalliierten Vereinbarungen zur Internierung auch deren spezifisch stalinistische Form, d.h. die Wirklichkeit der Speziallager, gerechtfertigt. Und zum anderen kommt es vor, dass NS-Belastung bagatellisiert, weggeredet oder durch die Reduktion von Erinnerungskultur auf leere, historisch und analytisch entkernte Pietät zum Verschwinden gebracht wird. »Viele Internierte der Speziallager« – heißt es z.B. in der Torgauer Ausstellung Spuren des Unrechts – »hatten zwar vor 1945 den Nationalsozialismus eher gestützt und befördert als bekämpft. Doch wandten andere sich gegen die sowjetische Besatzungsmacht aus demokratischen Motiven, und nicht wenige waren vor 1945 schon Opfer des NS-Systems. Sie alle machte die stalinistische Isolierungspraxis unterschiedslos zu neuen Opfern.«¹⁴ Versuchen wir deshalb, uns den Herausforderungen der Speziallagererinnerung konkret anzunähern und eine Lösung jenseits historischer Verzerrungen oder unzulässiger Vereinfachungen zu finden.

Die zentrale Herausforderung besteht nicht in der Auseinandersetzung mit den, auch im strafrechtlichen Sinn, direkt für Verbrechen verantwortlichen Nationalsozialisten in Speziallagern, für Buchenwald beispielsweise mit dem Abwehrbeauftragten für das A4-Programm und Kommandeur der Sicherheitspolizei im Sperrgebiet des KZ Mittelbau-Dora SS-Obersturmbannführer Dr. Helmut Bischoff oder dem maßgeblich



Gedenkzeichen zum individuellen erinnern an Häftlinge des Speziallagers Buchenwald auf dem Gelände des Massengrabs am Rande der Gedenkstätte

an Euthanasie-Morden beteiligten Arzt Dr. Gerhard Wischer. Ihrer zu gedenken hieße ganz offensichtlich, NS-Verbrechen zu bagatellisieren, wenn nicht nachträglich zu legitimieren. Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit, die dies missachtete, würde sich normativ und praktisch ad absurdum führen, mit anderen Worten, sich absolut unglaubwürdig machen. Allerdings wird im Blick auf diese Gruppe bereits deutlich, wie unzulänglich und riskant es ist, von letztendlich »unterschiedslos zu neuen Opfern Gewordenen« zu sprechen. Die eigentliche Herausforderung stellen auch nicht die denunzierten, unschuldigen Jugendlichen in den Speziallagern dar. In ihrem Schicksal tritt die menschenverachtende Rechtsferne, die Brutalität und Willkür stalinistischer Internierungspraxis besonders deutlich zu Tage. Wer wollte ihrer nicht bewegt und mit Anteilnahme gedenken. Die eigentliche Herausforderung der Erinnerung an die Speziallager liegt vielmehr im Umgang mit dem Fußvolk nationalsozialistischer Funktionsträger, ohne das der Nationalsozialismus als System nicht hätte funktionieren können. Idealtypisch zugespitzt steht in Frage, wie das Schicksal des zum Speziallager-Häftling gewordenen etwa fünfzigjährigen Blockleiters, der zum uniformierten »Korps der politischen Leiter der NSDAP« gehörte, angemessen erinnert werden kann. Buchenwald war »nicht nur das Lager der Fünfzigjährigen und das Lager der kleinen Leute« – konstatiert der ehemalige Internierte Ernst-E. Klotz. »Es war auch zugleich das Lager der Blockleiter, der Kassierer, der Helfer und der kleinen Parteigenossen.«¹⁵ Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, dass sich eine Antwort nicht unter Ausblendung des Forschungsstandes zum Dritten Reich, insbesondere zu den Trägerschichten des Systems und zur Regimeloyalität, finden lässt. Hinsichtlich der »Blockwarte« hat Detlef Schmiechen-Ackermann deren Funktionen umfassend beschrieben: politische Überwachung der Bevölkerung, Unterstützung der Gestapo im Sinne von Hilfspolizisten, Zuarbeit für den Holocaust durch Registrierung von »Rassefeinden«, Propagierung der NS-Ideologie und Organisation der »inneren Front«.¹⁶ Selbst wenn man davon ausgeht, dass nicht jeder Blockleiter ein durch und durch überzeugter Nationalsozialist war und den gestellten Aufgaben hundertprozentig genügte, verbietet sich hier jede Form der Verharmlosung. Dies gilt um so mehr, wenn historisches Erinnern im Sinne der Stärkung demokratisch-zivilgesellschaftlicher, bürger- und menschenrechtlicher Orientierungen präventiv – folgenreich – sein soll. Im Mittelpunkt steht dann nämlich die Frage, wie Unrecht und Verbrechen, staatlich, politisch und gesellschaftlich überhaupt möglich gemacht worden sind; eine Frage, die an der Frage nach den Akteuren und ihren Motiven, nach Verantwortung und Mitverantwortung, nach Handlungsspielräumen und Entscheidungen nicht vorbei kommt. Nimmt man dies, d.h. die selbstreflexiv-kritische, aufklärerische Seite der Erinnerungskultur ernst, lässt sich Erinnerung keinesfalls auf Pietät reduzieren. Im Gegenteil, leere, historisch und analytisch entkernte, historische Reflexion stillstellende oder in ihrem Namen begrenzende Pietät beschädigt beide: Pietät und historische Aufklärung. Pietät, weil sie zu einer Form des Verharmlosens und Beschweigens wird. Historische Aufklärung, weil es sie nur uneingeschränkt oder gar nicht gibt. Man kommt deshalb, um stellvertretend auf die Blockleiter in den Speziallagern zurückzukommen, an Ambivalenzen Rechnung tragenden Fragen nicht vorbei; etwa der, ob ihre Mitverantwortung bzw. Mitschuld tatsächlich nicht mehr der Rede Wert oder gar dadurch getilgt worden sind, dass sie zu Opfern stalinistischer Internierungspraxis wurden; oder der, ob die Unterschiede zwischen ihnen und unschuldig denunzierten Jugendlichen oder demokratischen Opponenten gegen die Sowjetisie-



Stele zur symbolischen Markierung des Gräberfeldes mit unbekannt Toten des Speziallagers.
Alle Fotos: Thomas Lutz

rung der SBZ/DDR wirklich nicht ins Gewicht fallen. Erst wenn man solchen Fragen nicht ausweicht und versucht, die ganze Geschichte ins Auge zu fassen, lässt sich ihr Opfersein ohne zu relativieren und ohne zu bagatellisieren beschreiben und – anklagen. Unverkürztes, sich der Last historischer Ambivalenzen stellendes Erinnern an die sowjetischen Speziallager erweist sich dementsprechend nicht zuletzt in der Bereitschaft, den diesem Erinnern – auf Grund der nationalsozialistischen Vorgeschichte – inhärenten doppelten Schmerz anzunehmen und gesellschaftlich produktiv zu machen. Anders gesagt, mit der Trauer um die Opfer in den Lagern korrespondiert einerseits das Erschrecken an der Tatsache, »wie wenige Deutsche sich dem NS-Regime verweigerten«. Und andererseits gilt: »Diese Trauer und dieses Erschrecken können zur Arbeit an einem geschichtlichen Bewußtsein motivieren, das sich den Brüchen der deutschen und der russischen Geschichte in der Mitte des 20. Jahrhunderts ungeteilt stellt und dem zur dauerhaften Überzeugung wird, daß Unrecht durch Unrecht sich weder ahnden noch sühnen, noch sonst aus der Welt schaffen läßt.«¹⁷ Eine Haltung, die die Enkelin eines im Speziallager Buchenwald im Januar 1946 Umgekommenen exemplarisch zum Ausdruck gebracht hat. Zum fünfzigsten Todestag ihres Großvater brachte sie eine große weiße Schleife an einem Baum im Grabfeld I des Lagers an, auf die sie mit der Hand geschrieben hatte: »Meinem geliebten armen Großvater Curt Rühle von Lilienstern zum 50. Todestag. Gestorben 8. Jan. 1946. Seine Enkelin Astrid Rühle. 8. Jan 1996. [Darunter hatte sie ein Herz gemalt – V.K.] Er war Generalmajor und Opfer seiner soldatischen Obrigkeitstreue, die auch vor Hitler nicht Halt gemacht hat. Ich wünschte, er hätte sich verweigert. Er möge in Frieden ruhen.«¹⁸

Es gibt darüber hinaus aber auch keinen sachlogischen Grund, warum deutliche Kritik an den sowjetischen Speziallagern, warum die Herausarbeitung des ihnen inhärenten Unrechts und der ihnen inhärenten Menschenverachtung nur unter Ausblendung oder Marginalisierung der nationalsozialistischen Vorgeschichte Internierter möglich sein sollte. Der prinzipiell diktatorische und rechtlose Charakter des Stalinismus wird

an den Speziallagern als solchen ebenso deutlich wie die systembedingten Folgen abstumpfender Gewöhnung an bürokratisch-administrative Gewalt und die Recht- und Machtlosigkeit von Individuen. Die kritische Auseinandersetzung kann unmittelbar an der menschenunwürdigen Behandlung der Gefangenen ansetzen wie an den lebensgefährdenden Zuständen in den Lagern in Gestalt notorischer Unterversorgung oder katastrophaler hygienischer Verhältnisse. Ansetzen kann sie auch an der hermetischen Abschließung der Gefangenen wie der Lager gegenüber jeder Form von Öffentlichkeit, Kontakte zu Angehörigen eingeschlossen. Die dauerhafte Missachtung rechtsstaatlicher Normen, die Tatsache nie erfolgter, auf Gerechtigkeit zielende Einzelfallprüfung, die Einweisung völlig unschuldiger Menschen, deren Verhaftung weder mit legitimen Sicherheitsinteressen der Besatzungsmacht noch mit Entnazifizierungsbestrebungen im weitesten Sinn zu tun hatten, kommen ebenso hinzu wie das Ausbleiben von Umerziehungsbemühungen oder die Abweisung unabhängiger Kontrollen, durch das Rote Kreuz beispielsweise. Stoff für die kritische Auseinandersetzung liefert überdies die Tatsache, dass Lager nicht nur für Internierungszwecke genutzt worden sind. Mit anderen Worten: Um den Unrechtscharakter der sowjetischen Speziallager zu begründen, bedarf es des Nachweises, dass die Opfer der Speziallager »zumeist vollkommen unschuldig inhaftiert« gewesen seien ebenso wenig wie ihrer Verzeihung zum sowjet-kommunistischen Gegenstück der nationalsozialistischen Vernichtungslager. Wer Behauptungen wie diese aufstellt, muss sich fragen lassen, warum er dies tut. Denn ob er es will oder nicht, seine »Argumente« schreiben sich in die vielfach dargestellten Entlastungs- und Abwehrstrategien ein, die einer breiten, realitätsgerechten, selbstkritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Deutschland entgegenstanden. Hierzu gehört insbesondere, die Verantwortung für den Nationalsozialismus und seine Verbrechen – in West und Ost – auf eine kleine Gruppe herausgehobener Repräsentanten des Regimes sowie die terroristischen Kerntruppen des Dritten Reiches – z.B. die SS – abzuschieben und Begeisterung, Zustimmung und Systemloyalität, Mitbeteiligung bzw. Mitverantwortung für Ausgrenzungs- und Verfolgungsmaßnahmen oder Vorteilsnahmen der Alltagsdeutschen jener Zeit zu marginalisieren, wenn nicht zu bestreiten. Das Einschreiben der Speziallagererinnerung in solche Abwehrstrategien, ihre Ausformung entsprechend unhaltbarer Analogien delegitimiert nicht nur daraus hervorgehende Geschichtsbilder, diese Praktiken verstetigen auch Erinnerungskultur verschleißende Retrodebatten. Anstatt nach vorn arbeiten zu können, anstatt das eigentlich Erschreckende und Schockierende an der Geschichte der Speziallager für die Festigung demokratischer Kultur fruchtbar machen zu können, dreht sich Erinnerungskultur im Kreis, erschöpft sich in – geschichtswissenschaftlich gesehen – längst unnötig gewordenen Zirkeln von Behauptungen und Richtigstellungen. So gehen Energien verloren, die weit sinnvoller in historische Forschung, geschichtsdidaktische, museologische und gedenkstättenpädagogische Reflexion und Konzeptbildung investiert würden.

Hinzu kommt, dass Pietät und Reflexion ohne Ausblendung angeblich störender historischer Mehrschichtigkeiten und Ambivalenzen fruchtbar aufeinander bezogen werden können und sowohl uneingeschränkte historische Konkretion wie Umgang mit Mehrschichtigkeit und Ambivalenz Erinnerung als menschenrechtlich orientierte Form historischer Bildung fördern. So lassen sich Grabstätten der Opfer würdig gestalten, ohne die Geschichte der Speziallager in den entsprechenden historischen Ausstellungen verwischend und einebnend zu repräsentieren. Auch die Würdigung der Opfer in ihrem

Opfersein und ihrer Leiderfahrung ist nicht auf Ausblendung von Geschichte angewiesen. Im Gegenteil, gerade die tiefenpsychologische Arbeit mit traumatisierten Menschen lehrt, dass erst das anteilnehmende Durcharbeiten der vollen Wahrheit in Bezug auf das, was war, entlastend wirkt. Auch wenn Gedenkstätten nicht im eigentlichen Sinn therapeutisch wirken können, lässt sich dort entsprechend achtsam und respektvoll mit ehemaligen Speziallagerhäftlingen und Angehörigen umgehen, ohne die Maßstäbe für seriöse historische Forschung hintanzustellen oder gar aufzugeben. Im Gegenteil, gerade seriöse Forschung ist – aus dieser Perspektive betrachtet – immer auch eine Würdigung der Betroffenen. Nur sie gibt der Erinnerung an die Opfer Bestand und eine Geschichte jenseits aller Funktionalisierung. Zudem ist sie eine Voraussetzung dafür, dass das Unausgesprochene, Abgespaltene oder Verdrängte nicht auf dem Weg unbewusster Identifizierungen wahrnehmungs- und reflexionsbeeinträchtigend in die nachfolgenden Generationen verschoben wird und sich Vergangenheit wie Mehltau über Gegenwart und Zukunft legt.¹⁹ Nivellierende Victimisierung ist hingegen erkenntniszerstörend. Dass Leid Leid ist und Leiderfahrungen als solche nicht hierarchisiert werden können, ist eine ebenso richtige wie tautologische, unverbindliche Aussage. Zu konkretem individuellem und gesellschaftlichem Gegenhandeln befähigt, das ist hier noch einmal hervorzuheben, nur die konkrete Kenntnis individueller und gesellschaftlicher Verursachung von Leid. Auch deshalb kann Gedenkstättenarbeit nicht darin bestehen, Fragen nach persönlichem Versagen auszuklammern und Verständnis für Anpassungsleistungen im nationalsozialistischen Deutschland – oder in kommunistischen Systemen – zu fördern. Auch falsche Analogien schränken Erkenntnis und mit ihr die Fähigkeit zum Gegenhandeln ein, weil sie die Gewalt- und Verbrechensgeschichte des zwanzigsten Jahrhunderts auf vermeintlich Gleiches, das im Einzelnen keiner genaueren Betrachtung mehr Wert ist, verkürzen. Anders gesagt, gerade die Unterschiede zwischen den verschiedenen Lagern, die Unterschiede zwischen den Diktaturen erweitern unseren Horizont im Blick auf die Wirklichkeit gewordenen Möglichkeiten und ihre Ursachen, Menschenwürde und Menschenrechte mit Füßen zu treten und Menschen bis hin zum Genozid gegeneinander in Stellung zu bringen – und schärfen damit umgekehrt den Blick für die notwendigen Formen des Gegenhandelns, damit es zum Äußersten erst gar nicht kommt. Wenn dem Leiden und Sterben in den Lagern des extremen zwanzigsten Jahrhunderts überhaupt ein Sinn abgerungen werden kann, dann liegt er nicht in unverbindlicher Betroffenheit und oberflächlichem Mitleid, sondern in dem Zuwachs an historischer Einsichts- und Urteilsfähigkeit, die aus der uneingeschränkten und konkreten Auseinandersetzung mit dieser Geschichte erwächst. Ohne sich um solche Bewusstseinschärfung wenigstens zu bemühen, ist das Leid der Opfer endgültig umsonst gewesen. Gewiss, entsprechendes historisches Erinnern ist schmerzhaft und kostet Mühen des Herzens und des Verstandes. Aber es ist möglich und kann befördert werden durch Gedenkstättenarbeit, die ernst nimmt, dass Erinnerung ohne begründetes, konkretes historisches Wissen letztendlich zur Manipulation wird und die sich deshalb in Bezug auf die Stärkung demokratischer Kultur darüber im Klaren ist, wie unabdingbar die Förderung der Ausbildung individueller gesellschaftlicher Sensibilität und persönlicher Verantwortungsbereitschaft – im Gegensatz zur Einforderung und Ausformung von Gesinnung und Gefolgschaft – ist und die, um es noch einmal zu betonen, Konkretion, Mehrschichtigkeit und Ambivalenz auch deshalb nicht als Last, sondern als Herausforderung und Chance begreift, weil nicht allein Erkenntnis- und Urteilsfähigkeit verbreitert und gestärkt, sondern gleichzeitig

kurzschlüssige, eindimensionale, ideologische Bezugnahmen auf die Vergangenheit und ihre Bedeutung für Gegenwart und Zukunft unmöglich gemacht werden.

Prof. Dr. Volkhard Knigge ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora sowie Professor für Geschichte in Medien und Öffentlichkeit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Der Beitrag ist auch veröffentlicht in: Instrumentalisierung, Verdrängung, Aufarbeitung. Die sowjetischen Speziallager in der gesellschaftlichen Wahrnehmung 1945 bis heute. Hg. von Petra Hausteil, Annette Kaminsky, Volkhard Knigge und Bodo Ritscher im Auftrag der Stiftung Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau-Dora sowie der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Wallstein Verlag Göttingen 2006.

- 1 Vgl. u.a. Sven Felix Kellerhoff: Schönbohm löst Koalitionskrise aus: Große Aufregung um Rede des brandenburgischen Innenministers, in: Die Welt, 26. 4. 2006; Peter Tiede: Schönbohms Reden befremden auch Parteifreunde: Kritik am Innenminister wegen Streits mit Nehm und seines Auftritts vor KZ-Überlebenden, in: Der Tagesspiegel, 25. 4. 2006; Schönbohm brüskiert KZ-Überlebende: Eklat beim Jahrestag, in: Spiegel Online, 23. 4. 2006; »Den doppelten Schmerz aushalten«, in: ebd., 25. 4. 2006.
- 2 Vgl. Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland – Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der deutschen Diktaturen: Antrag des Abgeordneten Günter Nooke u.a., Deutscher Bundestag, Drucksache 15/3048; Protokoll der Bundestagsdebatte, 114. Sitzung, 17. 6. 2004.
- 3 Vgl. Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit«, Baden-Baden, Frankfurt a.M. 1999, Bd. I–VIII.
- 4 Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes und Bericht der Bundesregierung über die Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, Deutscher Bundestag, Drucksache 14/1569.
- 5 Die im Zusammenhang mit der NS-Zwangsarbeiterentschädigung gegründete Stiftung »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« ist keineswegs, wie verschiedentlich behauptet, ein solches Pendant. Die Stiftung, genauer: der im Rahmen der Stiftung arbeitende »Zukunftsfonds«, fördert weder Forschungsprojekte noch Gedenkstätten oder die Arbeit von Opferverbänden. Der Schwerpunkt liegt auf (internationaler) Jugendbildungsarbeit.
- 6 Diese entsprach der durchschnittlichen Sterblichkeit in der Bevölkerung.
- 7 Siehe dazu den Beitrag von Wolfram von Scheliha zur publizistischen Auseinandersetzung mit diesem Thema bis 1961 in diesem Band.
- 8 Vgl. Karl Wilhelm Fricke: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968: Bericht und Dokumentation, Köln 1990, S. 69–100.
- 9 Brief von Hermann Kreutzer an Volkhard Knigge, 2. 9. 1997.
- 10 Zur Neuorientierung der Gedenkstätte Buchenwald. Die Empfehlungen der vom Minister für Wissenschaft und Kunst des Landes Thüringen berufenen Historikerkommission, Weimar-Buchenwald 1992, S. 11.
- 11 Vgl. insbesondere die Beiträge von Karl Wilhelm Fricke und Bodo Ritscher.
- 12 Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 11, 31.10.1946, S. 185.
- 13 Vgl. Ministerium für Wissenschaft, Forschung u. Kultur des Landes Brandenburg (Hrsg.), Brandenburgische Gedenkstätten für die Verfolgten des NS-Regimes. Perspektiven, Kontroversen und internationale Vergleiche: Beiträge des internationalen Gedenkstätten-Colloquiums in Potsdam am 8. und 9. März 1992 und Empfehlungen der Expertenkommission zur Neukonzeption der brandenburgischen Gedenkstätten vom Januar 1992, Berlin 1992, S. 17.
- 14 Zit. nach dem Beitrag von Annette Kaminsky in diesem Band (S. 168).
- 15 Vgl. Ernst-E. Klotz, So nah der Heimat. Gefangen in Buchenwald 1945–1948, Bonn 1992, S. 54.
- 16 Vgl. Detlef Schmiechen-Ackermann: Der »Blockwart«. Die unteren Parteifunktionäre im nationalsozialistischen Terror- und Überwachungsapparat, in: VfZ, 48 (2000) 4, 575–602, bes. S. 589–596.
- 17 Vorwort der Herausgeber, in: Sergej Mironenko/Lutz Niethammer/Alexander v. Plato (Hrsg.), Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Bd. 1: Studien und Berichte. Hrsg. u. eingel. von Alexander v. Plato, Berlin 1998, S. 18.
- 18 Zit. nach: Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (Hrsg.), Das sowjetische Speziallager Nr. 2: Buchenwald 1945 bis 1950, Bad Berka 2001, S. 110.
- 19 Vgl. z.B. Haydée Faimberg, Dem Zuhörer zuhören. Historische Wahrheiten und Verleugnung, in: Werner Bohleber/Sibylle Drews (Hrsg.), Die Gegenwart der Psychoanalyse – die Psychoanalyse der Gegenwart, Stuttgart 2001, S. 424–434.

Die neue Gedenkstätte Stille Helden

WIDERSTAND GEGEN DIE JUDENVERFOLGUNG 1933–1945

Beate Kosmala

In der Gedenkstätte Stille Helden, eröffnet am 27. Oktober 2008 in Berlin-Mitte, Rosenthaler Straße 39, wird erstmals in Deutschland mit einer Dauerausstellung sowohl an jene deutschen Juden erinnert, die versuchten, sich durch die Flucht in den Untergrund der tödlichen Bedrohung durch die Deportation zu entziehen, als auch an Frauen und Männer, die den verfolgten Juden beistanden und ihnen auf vielfältige Art und Weise halfen.

Unmittelbar nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 beginnt die Ausgrenzung, Diffamierung und Entrechtung der etwa 500 000 deutschen Juden. Der Boykott von Geschäften jüdischer Inhaber am 1. April 1933, die Nürnberger »Rassengesetze« vom September 1935 und der Pogrom vom 9. November 1938, in dessen Verlauf mehr als 30 000 jüdische Männer in Konzentrationslager verschleppt werden, markieren die wesentlichen Stationen der Judenverfolgung in Deutschland. Gesetzliche Vorschriften verschärfen die wirtschaftliche und soziale Entrechtung weiter. Mehr als 300 000 Juden können bis zum Kriegsbeginn im Herbst 1939 aus Deutschland fliehen.

Dem nationalsozialistischen Völkermord an den Juden Europas fallen seit 1941 rund sechs Millionen Menschen zum Opfer, von denen die meisten erschossen oder mit Giftgas ermordet werden. Darunter sind auch mehr als 160 000 deutsche Juden. Sie werden seit Oktober 1941 vor allem in die Vernichtungsstätten in den deutsch besetzten Gebieten Polens und der Sowjetunion deportiert und dort ermordet. Da seit Oktober 1941 Auswanderung verboten und auch auf illegale Weise nahezu unmöglich ist, blieb nur ein Leben in der »Illegalität« – mit höchst ungewissem Ausgang. Etwa 10 000 bis 12 000 jüdische Frauen, Männer und Kinder versuchen, auf diese Weise zu überleben. Sie widersetzen sich damit der Diktatur. Unter ständiger Gefahr des Verrats und der Entdeckung suchen sie nach Verstecken, die immer wieder gewechselt werden mussten. Vermutlich mehr als die Hälfte derer, die untertauchen, tun dies in Berlin, die meisten erst in letzter Minute, als Ende Februar 1943 die noch verbliebenen jüdischen Zwangsarbeiter mit ihren Angehörigen deportiert werden sollen. In Deutschland überleben etwa 5 000 »Untergetauchte«, davon mehr als 1 700 in Berlin.

Dass die in Berlin Untergetauchten aber nicht nur dort Hilfe finden, sondern oft Odysseen durch andere deutsche Städte und Regionen zurücklegen müssen, zeigt die Ausstellung durch rekonstruierte Rettungswege.

Gelingen konnte das meist nur mit Hilfe von Menschen, die bereit waren, die Verfolgten zu schützen. Unter Gefährdung der eigenen Person besorgen diese »stillen Helden« Lebensmittel, beschaffen falsche Papiere, leisten Fluchthilfe, stellen Quartiere zur Verfügung oder verstecken die Verfolgten bei sich. Ein Teil der Helfer ergreift selbst die Initiative zur rettenden Unterstützung. Sie appellieren etwa an jüdische Freunde, sich nicht deportieren zu lassen, und sagen ihnen Hilfe für ein Leben im Untergrund zu. Viele werden zu Rettern, weil sie von Verfolgten oder anderen Helfern gezielt um Unterstützung gebeten werden. Weltanschauliche und politische Motive sind hier ebenso

von Bedeutung wie spontanes Mitgefühl. Sie können die Angst um die eigene Person und die Familie sowie die berechtigte Furcht vor der Gestapo überwinden.

Häufig entwickeln sich im Verlauf von Rettungsversuchen Netzwerke von Helfern. Für jeden »Untergetauchten« sind oft bis zu zehn, bisweilen auch erheblich mehr nichtjüdische Unterstützer aktiv. Viele Hilfsaktionen scheitern jedoch. Schätzungen gehen heute von insgesamt mehreren zehntausend Menschen aus, die in Deutschland jüdischen Verfolgten geholfen haben. Auch in den besetzten Ländern Europas gibt es einzelne Deutsche, die ihre Stellung als Soldaten oder in der Kriegswirtschaft nutzen, um tödlich bedrohte Juden zu unterstützen. Die Rettung von Verfolgten angesichts des Massenmords an den europäischen Juden ist Teil des Widerstands gegen die nationalsozialistische Diktatur.

Das Beispiel der vielfach als »stille Helden« bezeichneten Helferinnen und Helfer zeigt, dass es auch unter den Bedingungen der NS-Diktatur und des Zweiten Weltkrieges Handlungsspielräume und Entscheidungsmöglichkeiten gab, Verfolgte zu retten. Die Dauerausstellung informiert über die Verfolgung und die Zwangslage der Juden angesichts der drohenden Deportationen, über den Entschluss Einzelner, sich durch Flucht in den Untergrund der tödlichen Bedrohung zu widersetzen, sowie über das Handeln und die Motive der Frauen und Männer, die ihnen halfen. Dabei werden nicht nur geglückte Rettungen, sondern auch gescheiterte Rettungsversuche dokumentiert.

Überall in Europa gab es Menschen, die sich dem nationalsozialistischen Völkermord durch Rettungsaktionen entgegenstellten. Die meisten schwiegen nach 1945 über ihre Hilfeleistungen, die viele von ihnen als selbstverständlich ansahen. Seit 1963 würdigt die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem das Handeln der Retter. Sie hat bis heute mehr als 22 000 Frauen und Männer als »Gerechte unter den Völkern« ausgezeichnet.

Zur Entstehung der Gedenkstätte

Erst relativ spät entstand in Deutschland ein Interesse an den Geschichten von Menschen, die während der nationalsozialistischen Diktatur verfolgten Juden halfen. Doch ist die Frage nach der Rettung untrennbar mit der Dimension der Vernichtung verbunden. Um das Phänomen »Rettung von Juden« rekonstruieren zu können, bedurfte es der Holocaustforschung, die in Deutschland erst in den 80er Jahren zu einer historischen Teildisziplin wurde. Erst durch die Forschung der vergangenen Jahre ergibt sich ein vollständiges Bild von den Deportationen aus Deutschland, eine deutlichere Vorstellung vom Wissen in der deutschen Bevölkerung über den Genozid, von ihrer Wahrnehmung der Deportationen und ihren Reaktionen darauf. Diese Bereiche der NS- und Holocaustforschung stehen in engem Zusammenhang mit der Frage, ob und wie sich die Gruppe der Helfer von der Mehrheit der »Volksgenossen« unterschied und was die spezifische Qualität ihres Handelns ausmacht. Filme wie »Schindlers Liste« und zahlreiche Publikationen der 90er Jahre verstärkten das Interesse am Thema.

Angeregt von der Vereinigung »Gegen Vergessen – Für Demokratie« gab es zwischen 1997 und 2002 unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Benz am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin das Forschungsprojekt »Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1945«.

Gleichzeitig entwickelte sich unter maßgeblicher Beteiligung der Zeitzeugin und Publizistin Inge Deutschkron aus dem Ausstellungsprojekt »Blindes Vertrauen« von Studierenden der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin das Museum Blin-



Vitrinen zu Verfolgten und Helferinnen sowie Helfern im oberen Bereich der Ausstellung



Vitrine zu Oskar und Emilie Schindler am linken Bildrand. Im Hintergrund Computerarbeitsraum zum Recherchieren weiterer Biographien und Hintergrundinformationen. Fotos: Gedenkstätte Deutscher Widerstand/ Thomas Bruns

denwerkstatt Otto Weidt in Berlin-Mitte, Rosenthaler Straße 39. Hier arbeiteten während der Zeit des Nationalsozialismus hauptsächlich blinde und gehörlose Juden unter dem Schutz des Kleinfabrikanten Otto Weidt (1883–1947). 1999 übernahm der Bund nach einer Initiative des Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Michael Naumann, die Verantwortung für das Museum. Seither gab es viele Bemühungen, auch durch den damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau, in Berlin ausführlicher als bisher an Helfer und »Untergetauchte« zu erinnern. Das Haus in der Rosenthaler Straße 39 konnte 2004 mit Mitteln des Bundes und der Stiftung Klassenlotterie Berlin mit der Zweckbindung erworben werden, um nicht nur das Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt auszubauen, sondern auch eine Gedenkstätte Stille Helden zu errichten.

Mit der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung wurde im April 2005 die Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand beauftragt. 2006 wurde zuerst die Dauer Ausstellung im Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt überarbeitet und erweitert, bevor 2008 die Gedenkstätte Stille Helden realisiert wurde. Ausgehend von den Forschungsergebnissen des Zentrums für Antisemitismusforschung entstand eine Dauerausstellung, die die Geschichte jener Menschen erzählt, die während der NS-Zeit verfolgten Juden beistanden.

Die Dauerausstellung

Ausgangspunkt der Ausstellung in der ersten Etage ist ein großer Medientisch, wo sich die Betrachter an elf großflächigen Touchscreens mit 18 exemplarischen Geschichten vertraut machen können. Der Zugang ist stets biografisch: Hinter jedem Gesicht finden sich Angaben zur Biografie, zur Lebenssituation und zum konkreten Handeln der Person, d.h. sowohl der Verfolgten als der Helfer. Darüber hinaus kann die Geschichte durch zahlreiche Zusatzinformationen, die sich hinter entsprechenden Symbolen befinden, erschlossen werden.

Eine Treppe führt an einer Wand mit rund 960 Namen von Helfern und Verfolgten zum Kernstück der Ausstellung in der oberen Etage mit ihren neun Vitrinen, die auf den ersten Blick wie Stelen wirken. Sie sind jeweils mit einem Bildschirm und Kopfhörern versehen und geben durch einen kurzen Film eine Einführung zu Einzelschicksalen. Auf der anderen Seite der Stele werden Objekte, Dokumente und Fotos gezeigt, die gescheiterte und gelungene Rettungsversuche aus der doppelten Perspektive von Helfenden und Geretteten illustrieren.

In einem dritten Raum laden acht Computerplätze dazu ein, zahlreiche weitere Biografien nach Fotos, Dokumenten und Netzwerken zu durchstöbern. Mehrere hundert Verfolgte und ihre Helfer sind hier dokumentiert. Diese Recherchestation wird laufend ergänzt. In den kommenden Jahren wird die Gedenkstätte Stille Helden auf diese Weise Hilfeleistung und Rettung umfassend dokumentieren.

Ein Besuch der Ausstellung eignet sich für Schüler ab der 9. Klasse. Die Beschäftigung mit dem beispielhaften und mutigen Handeln einzelner Helfer in einem inhumanen Umfeld, unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur, aber auch mit den Grauzonen menschlichen Verhaltens, kann zum Überdenken des eigenen Verhaltens anregen und im sozialen und politischen Alltag der Gegenwart zu Solidarität und Zivilcourage ermutigen. Die Helfer werden nicht als Helden auf ein Podest gestellt. Vielmehr werden die konkrete historische Situation, die individuellen Handlungsspiel-

räume und Zwangslagen von Helfern und Verfolgten ausgelotet. Dies erlaubt Antworten auf die Frage nach der individuellen oder kollektiven Verantwortung, sei es unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur oder in einer Demokratie.

Informationen zur Ausstellung

Gedenkstätte Stille Helden
in der Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Rosenthaler Straße 39
10178 Berlin

Öffnungszeiten

Mo–So 10–20 Uhr

Zur Ausstellung ist ein Begleitkatalog für 5 € erhältlich.

Eintritt frei

Führungen werden ab Ende 2009 angeboten.

In Einzelfällen ist dies auf Anfrage auch schon vorher möglich.

Projektleitung

Prof. Dr. Johannes Tuchel

Konzeption, Redaktion, Texte:

Dr. Beate Kosmala, Barbara Schieb, Dr. Claudia Schoppmann,

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Martina Voigt.

Mitarbeiterinnen der Gedenkstätte Stille Helden

Dr. Beate Kosmala, seit 2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin zur Vorbereitung der Dauerausstellung für die Gedenkstätte Stille Helden; von 1997–2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin im Forschungsprojekt »Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1945.

Barbara Schieb, seit 2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin zur Vorbereitung der Dauerausstellung für die Gedenkstätte Stille Helden; ab 1992 als freiberufliche Historikerin an etlichen Ausstellungs-, Film- und Buchprojekten beteiligt; von 1986–1992 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Forschungen im Bereich »Hilfen für Verfolgte«.

Kontakt

Beate Kosmala

kosmala@gdw-berlin.de

Tel. (030) 26995020 oder 23457919

Barabara Schieb

schieb@gdw-berlin.de

Tel. (030) 26995020 oder 23457929

Digitalisierung der WVHA-Häftlingskartei

EIN PROJEKTBERICHT

Christian Römmer

Im Februar 2009 konnte nach mehreren Jahren das internationale Forschungsprojekt »Digitalisierung der WVHA-Häftlingskartei« abgeschlossen werden – ein Projekt mit Pilotcharakter. Erstmals kooperierten alle großen KZ-Gedenkstätten in Deutschland, Polen, Österreich, Frankreich und den Niederlanden, um gemeinsam einen Quellenbestand zu erfassen und auszuwerten. Auch der Internationale Suchdienst aus Bad Arolsen und zahlreiche europäische Institutionen, die sich mit der Deportation von Menschen in die nationalsozialistischen Konzentrationslager befassen, partizipierten an diesem Projekt, das von der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten koordiniert wurde.¹

Der folgende Kurzbericht stellt die Quelle der Wirtschaftsverwaltungshauptamt (WVHA)-Häftlingskartei vor und fasst die verschiedenen Phasen des Erschließungsprojektes noch einmal zusammen.²

Die WVHA-Häftlingskartei

Über die Entstehung und die zeitgenössische Nutzung der WVHA-Häftlingskartei ist weiterhin nur wenig bekannt. Es sind nahezu keine Dokumente erhalten geblieben, die hier weiterhelfen könnten, was sich auch im Fehlen von Forschungsliteratur zu diesem Thema niederschlägt.

Auch im Rahmen des Projektes konnten die historischen Hintergründe nicht zufriedenstellend erhellt werden. Viele Schlussfolgerungen sind mehr plausible Vermutungen als verifizierte Tatsachen. Dennoch kann man einige Annahmen festhalten:

Es kann als sicher gelten, dass die Initiative für den Aufbau einer zentralen Häftlingskartei vom Amt DII im WVHA ausging. Es wird allgemein angenommen, dass sich das WVHA von der Verwendung der Hollerithtechnik eine Effektivierung der Ausbeutung von Häftlingsarbeit versprach.

Im Sommer 1944 wurden in den meisten KZ-Hauptlagern »Hollerith-Abteilungen« eingerichtet. Es handelte sich um kleinere Häftlingskommandos, die den Arbeitseinsatzabteilungen der jeweiligen Konzentrationslager unterstanden. Die Häftlinge übertrugen die Informationen der Häftlingspersonalkartei auf die neuen Häftlingskarten des Hollerithprojektes, die anschließend an ein Zentralinstitut abgegeben wurde. Dieses »Maschinelle Zentralinstitut für optimale Menschenerfassung und Auswertung« in der Berliner Friedrichstraße bestand als SS-eigenes Amt seit Januar 1944 und war vom WVHA offenbar mit der konkreten Umsetzung des Hollerithprojektes betraut. Im Zentralinstitut wurden die Einträge auf den Karten in Zahlencodes verschlüsselt, auf deren Grundlage Hollerithkarten angefertigt werden konnten. Daher wird die WVHA-Kartei auch als »Hollerithvorkartei« bezeichnet.

Jede spätere Änderung im Häftlingsstand musste von den Hollerithabteilungen der einzelnen Lager auf eigens entworfenen Formularen an das Zentralinstitut gemeldet

werden. Der Verwaltungs- und Zeitaufwand, der betrieben werden musste, um eine Änderung im Häftlingsstand schließlich in die Lochkartei zu übertragen, war enorm: Ausfüllen einer Überstellungsliste im Abgangslager, Ergänzung dieser Überstellungsliste im Zugangslager, Heraussuchen der entsprechenden Häftlingskarten im Zentralinstitut, Übertragen der Änderungen auf den Häftlingskarten, Aussortieren der dazugehörigen Lochkarten, Anfertigen neuer Lochkarten. Von der tatsächlichen Überstellung eines Häftlings bis zu dem Zeitpunkt, an dem seine Daten in der Zentralkartei auf den aktuellen Stand gebracht worden waren, müssen mehrere Wochen vergangen sein. Diese Informationen waren dann – beim Ausmaß der Häftlingsbewegungen im Herbst 1944 und der hohen Zahl der Todesopfer – schon lange nicht mehr aktuell.

Den erhaltenen Dokumenten nach zu urteilen, wurde das Projekt einer zentralen Häftlingskartei bereits im Februar 1945 endgültig eingestellt, nach gerade einem halben Jahr Laufzeit. Die Gründe können wiederum nur vermutet werden. Möglicherweise setzte der allgemeine Kriegsverlauf dem SS-Projekt ein Ende, oder die WVHA-Häftlingskartei erwies sich als grundlegend unfunktionell. Wie skizziert war die riesige Zentralkartei vollkommen ungeeignet, die Dynamik der täglichen Veränderungen in den Lagern effizient abzubilden. Dies vermochten die schon lange zuvor in den Lagern etablierten Häftlingspersonalkarteien und Berufskarteien auch ohne Hollerithtechnik sehr viel besser.

Die Archivbestände

Der größte Teil der WVHA-Häftlingskartei, insgesamt 103 814 Karten, lagert heute im Bundesarchiv.⁴ Bis 1990 befand sich der Bestand in der Zuständigkeit des Dokumentationszentrums der Staatlichen Archivverwaltung der DDR. Er wurde dort aber offenbar wenig genutzt, da die Hauptaufgabe des Dokumentationszentrums in der Ermittlung und Veröffentlichung von »Täterdokumenten« zur Entlarvung zahlreicher westdeutscher Nachkriegskarrieren ehemaliger Nazis bestand.⁵ Wann und woher die Karteikarten in den Besitz des Dokumentationszentrums gelangten ist unbekannt.

Der zweite große Bestand von insgesamt 44 279 Häftlingskarten befindet sich im Archiv des Polnischen Roten Kreuzes in Warschau und enthält ausschließlich Informationen über polnische KZ-Häftlinge. Die Karten waren 1973 zum Zwecke der Schicksalsklärung von der DDR an Polen übergeben worden.

Kleinere Bestände von wenigen hundert Karten sind bisher in Archiven in Auschwitz, Stutthof und Caen aufgefunden worden. Insgesamt konnten 148 782 Häftlingkarten für das Projekt berücksichtigt werden. Da in der zweiten Jahreshälfte 1944 weit über 500 000 Häftlinge in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern inhaftiert waren, handelt es sich auch bei den bekannten Karten nur um einen Teilbestand. Der Verbleib der fehlenden Karten ist ungeklärt. Auch Lochkarten selbst sind nicht erhalten.

Die Geschichte des »WVHA-Projektes«

Mit den Vorarbeiten für das WVHA-Projekt wurde bereits vor über zehn Jahren begonnen, als verschiedene Forscher auf den Bestand der WVHA-Häftlingskarten aufmerksam wurden. Bärbel Schindler-Saefkow war bereits im Februar 1999 im Zwischenarchiv Dahchwitz-Hoppegarten und sichtete den Bestand für das KZ Ravensbrück, Christian Römmer besuchte das Archiv im Auftrag der KZ-Gedenkstätte Neuengamme im Juni 1999. Die Gedenkstätten Ravensbrück und Neuengamme ließen jene Teilbestände der Kartei einscannen, die das eigene Lager betrafen. Die Einträge auf den Karteikarten

wurden in Datenbanken übertragen und konnten bereits bald für die Beantwortung von Haftanfragen genutzt werden. Aufgrund der auf den Karteikarten zahlreich dokumentierten Häftlingsüberstellungen wurde aber schnell klar, dass nur ein gemeinsames Projekt aller Gedenkstätten sinnvoll sein kann, um die Quelle der Häftlingskarten angemessen auswerten zu können.

So wurde im März 2001 die Durchführung eines Kooperationsprojektes der KZ-Gedenkstätten zur Erschließung des Gesamtbestandes der Häftlingskarten beschlossen. Die Finanzierung verzögerte sich. Im Dezember 2003 bewilligte die Kulturstiftung des Bundes eine Förderung des Projektes in Höhe von 50 000,- Euro. Einzelne beteiligte Institutionen gaben noch zusätzliche finanzielle Unterstützung, so dass das Projekt trotz eines ursprünglich sehr viel höheren geplanten Budgets begonnen werden konnte.

Die Durchführung des WVHA-Projektes

Die Durchführung des WVHA-Projektes lässt sich in mehrere Phasen aufteilen:

■ *Bildliche Erfassung (Januar 2003 – Juni 2004)*

Die bildliche Erfassung begann mit dem Einscannen der über 44 000 Häftlingskarten aus dem Archiv des Polnischen Roten Kreuzes in Warschau bereits im Januar und Februar 2003 durch eine Berliner Firma. Die etwa 104 000 Karteikarten im Bundesarchiv-Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten folgten im Februar und März 2004.

Mit einem Stapeleinzugscanner wurden 200dpi-Farbscans im komprimierten jpeg30-Format angelegt. Die entstandenen Bilddateien sind nur maximal 300 KB groß und somit bei guter Qualität schnell und komfortabel zu verwalten. Die Scans wurden auf mehreren externen Festplatten vervielfältigt und als erstes Zwischenergebnis des Projektes an die beteiligten Institutionen übergeben. Die Ablage der Bilddateien auf den Festplatten erfolgte analog zur Ablagestruktur der Archive, sodass auch im Umgang mit den digitalen Quellen stets rekonstruierbar bleibt, in welchem Karteikasten des Bundesarchivs sich die betreffende Häftlingskarte befindet.

■ *Datenbankentwicklung (Februar 2004 – Juni 2004)*

Noch parallel zur bildlichen Erfassung der Häftlingskarten legte eine vierköpfige Projektgruppe (Johannes Ibel, Flossenbürg; Andreas Seeger, Sachsenhausen; Herbert Diercks und Christian Römmer, Neuengamme) die inhaltliche und technische Grundstruktur der Datenbank fest. Realisiert werden sollte eine streng quellengetreue Erfassung kombiniert mit einer komfortablen interpretativen Abfragemöglichkeit. Johannes Ibel konstruierte eine MS Access-Datenbank und entwickelte eine Eingabemaske für die Datenerfassung durch Schreibkräfte. Auch die direkte Verknüpfung von Datenbankeintrag und Bilddatei wurde bereits vorgesehen. Das Programm MS Access wurde gewählt, da es zum damaligen Zeitpunkt in allen Partnerinstitutionen problemlos nutzbar war.

■ *Inhaltliche Erfassung (August 2004 – Dezember 2005)*

In einem dritten Schritt gaben bis zu sechs Schreibkräfte einer Hamburger Firma die auf den Karteikarten vorhandenen Informationen in die Datenbank ein. Alle Einträge auf den Häftlingskarten wurden berücksichtigt und streng quellengetreu abgeschrieben. Auch Randnotizen oder zunächst unklare Abkürzungen wurden übernommen. Anschließend wurden alle Datensätze nochmals von jeweils anderen Schreibkräften korrekturgelesen.

■ *Interpretation und Weiterentwicklung der Datenbank (Oktober 2005 – März 2006)*

Eine quellengetreue Erfassung erschwert die inhaltliche Recherche in der Datenbank. Daher mussten die auf den Häftlingskarten verwendeten und in der Datenbank erfassten

Häftlingskarte													
Einlieferungsstelle		Einlieferungsdatum			Häftlingsort			Geburts-		Geschlecht	Familienstand		Kinder
Stapa Paris		04 09 43			Meerschaum			11 05 23		männlich 1 <input checked="" type="checkbox"/>	ledig 1 <input type="checkbox"/>		00
Staatsangehörigkeit		Hauptberuf			1. Nebenberuf		2. Nebenberuf		3. Nebenberuf				
A Belgien		3 14 245											
Wehrdienstverhältnis		T.-Grad	Anzahl Vorstrafen		Gefängnis Monate		Zuchthaus Monate		Eingeliefert in KL				
			00		00		000		Zw 02				
Zugangsart		Überstellung an KL		Häftlings-Nr.		eingesetzt als		Abgangs-			Hörl. Verh.		
E 1		Zw 02		020561		Mechaniker 245					Zu 1. Ab.		
Bemerkungen: Kontrollvermerk: <input checked="" type="checkbox"/> eingetrag. <input checked="" type="checkbox"/> verschleiss. <input checked="" type="checkbox"/> 1. u. 2. geord.													

Ein Beispiel für den Fortschritt des Projektes:

Scann einer WVHA-Häftlingskarte
Quelle: Bundesarchiv NS3/1577

WVHA-Häftlingskarte - Interpretation und Recherche

Häftlingskarte

Einlieferungsstelle	Einlieferungsdatum	Häftlingsort	Geschlecht	Familienstand	Kinder
01	04.09.43	14	männlich	ledig	0
Stapa	Paris	Meerschaum			
Staatsangehörigkeit	Hauptberuf	1. Nebenberuf			
Ausland	Mechaniker	245			
Belgien					

Nachname	Vorname	Geburtsdatum	Geburtsort	Körz.-Jahr	Häftlings-Nr.	Quelle	Verh.
Lebrun	Marcel	11.05.23	Buchenwald		20561	Pagebuch Buchenwald	394
Lebrun	Marcel	12.05.23	Grand-Halleux (B)		20561	Sover-Massuel	394
Lebrun	Marcel	12.05.23	Grand-Halleux		20561		394
Lebrun	Marcel Leon	11.05.23	Buchenwald		20561	Individuelle Lagerkarte PKart. Buchenwald	394

ENDE Suchzeit: _____ Nachname: _____ Vorname(n): _____ Nr.: 7668

Datenfeld: 14.4.1394 11.11.148782

Recherche Haftweg Recherche Namen

Screen 1: Interpretative Recherche-Ebene
Screen 2: Rekonstruktion der Namen durch verschiedene Institutionen
Abbildungen: Christian Römmer

WVHA-Häftlingskarte - Interpretation und Recherche

Häftlingskarte

Einlieferungsstelle	Einlieferungsdatum	Häftlingsort	Geschlecht	Familienstand	Kinder
01	04.09.43	14	männlich	ledig	0
Stapa	Paris	Meerschaum			
Staatsangehörigkeit	Hauptberuf	1. Nebenberuf			
Ausland	Mechaniker	245			
Belgien					

Zugangsart	Überstellung an KL	Häftlings-Nr.	eingesetzt als	Abgangs- Art	Tag	Monat	Jahr
E 1	Buchenwald	02	020561	Mechaniker	245		

ENDE Suchzeit: _____ Nachname: _____ Vorname(n): _____ Nr.: 7668

Datenfeld: 14.4.1394 11.11.148782

Recherche Haftweg Recherche Namen

Abkürzungen und Schreibweisen entschlüsselt und interpretiert werden. Christian Römmer, der mit dieser Aufgabe betraut war, verzichtete dabei so weit wie möglich auf inhaltliche Interpretationen und beschränkte sich auf die Angleichung von Schreibweisen und die Aufschlüsselung von Abkürzungen.

Abschließend ergänzte Johannes Ibel die Datenbank um verschiedene Recherchemasken und Abfragen. Die Datenbank mit den inhaltlich erfassten Häftlingskarten konnte dann den beteiligten Institutionen zur Verfügung gestellt werden. Der Abschluss dieser Projektphase war nur dank einer großzügigen finanziellen Unterstützung durch eine der beteiligten Institutionen möglich. Die Projektförderung durch die Kulturstiftung des Bundes war mit der bildlichen und inhaltlichen Erfassung des Häftlingskartei erschöpft.

■ *Rekonstruktion der Namen (März 2006 – Februar 2009)*

Auf den Häftlingskarten sind keine Namen angegeben. Die fehlenden Namen wurden von den beteiligten Institutionen anhand der Haftnummern und Geburtsdaten, evtl. auch anhand von Geburts- und Einlieferungsdaten, durch Abgleich mit den jeweils eigenen Datenbeständen ergänzt. Von Seiten der deutschen Gedenkstätten wurden diese Arbeiten im Rahmen der Projekteigenbeteiligung geleistet. Die Koordination sowie die technische und wissenschaftliche Begleitung dieses Namensabgleichs übernahm von November 2007 bis Februar 2009 Christian Römmer aus Hamburg. Hierfür hatten verschiedene KZ-Gedenkstätten aus Deutschland, Österreich und den Niederlanden Finanzmittel zur Verfügung gestellt.

In dieser nunmehr letzten Phase des WVHA-Projektes gelang es, auch den Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen als Partner zu gewinnen. Insgesamt waren zuletzt 31 Einrichtungen aus Deutschland, Österreich, Polen, Frankreich, Italien, Spanien, Belgien, Norwegen, Dänemark und den Niederlanden am Projekt beteiligt.

Projektergebnis und Perspektive

Zum Ende der Projektlaufzeit konnten 83,1 % der Karteikarten mit einem Namen identifiziert werden. Besondere Bedeutung kommt der Arbeit des Internationalen Suchdienstes zu, insgesamt über 82 000 Häftlingskarten konnte allein aufgrund der Daten aus Bad Arolsen ein Name zugeordnet werden. Auf einer Pressekonferenz im August 2008 unterstrich der damalige Direktor Reto Meister die Bedeutung des Projektes auch für den ITS.

Trotz aller Bemühungen blieben über 25 000 Häftlingskarten weiterhin ohne Namensidentifikation. Ausschlaggebend war vor allem die lückenhafte Quellenlage für die Geschichte der KZ Neuengamme und Sachsenhausen. Das nun abgeschlossene Projekt »Digitalisierung der WVHA-Häftlingskartei« war ein Pilotprojekt. Zum ersten Mal ist es gelungen, dass alle großen KZ-Gedenkstätten in einem bedeutenden Forschungsprojekt kooperieren, in diesem Fall um eine gemeinsame internationale Datenbank mit Informationen über KZ-Häftlinge aufzubauen. Hierbei ist besonders die Zusammenarbeit mit den KZ-Gedenkstätten in Polen, Österreich, Frankreich und den Niederlanden hervorzuheben.

Die knapp 149 000 Scans der Häftlingskarten sowie die aktuelle Version der korrespondierenden Datenbank steht nun in allen beteiligten Institutionen zur Verfügung. Zum einen können sie für humanitäre Zwecke, etwa die Recherche nach Einzelpersonen zur Klärung von Verfolgungsschicksalen, zum anderen für die eigenen Forschungszwecke und die Bearbeitung wissenschaftlicher Anfragen genutzt werden. Bereits jetzt wurden die Häftlingskarten in verschiedenen Ausstellungen präsentiert und in Abschlussarbeiten oder Dissertationen ausgewertet.

Die Zusammenarbeit bei der Rekonstruktion der Namen hat gezeigt, wie gut sich das Wissen der verschiedenen Einrichtungen wechselseitig ergänzen kann. Jeder Projektpartner hat letztlich von den Erkenntnissen seiner Kollegen profitiert.

Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten veranstaltete am 8. Mai 2009 einen Workshop, auf dem die Diskussion im Mittelpunkt stand, wie man auf das WVHA-Projekt aufbauen kann und welchen Fragen man sich in der Zukunft zuwenden sollte. Wolfgang Benz stellte die weiterhin bestehenden Forschungslücken in der Geschichte der Konzentrationslager dar, während Christoph Rass die Möglichkeiten der empirischen Auswertung von Massenakten vorstellte. Auch wenn zunächst offen blieb, wie ein mögliches Folgeprojekt inhaltlich ausgestaltet werden könnte, herrschte Einigkeit unter den Projektpartnern, dass man die erfolgreiche Zusammenarbeit unbedingt fortführen sollte.

Christian Römmer M.A., Jg. 1972, Historiker aus Hamburg, freier Mitarbeiter der Gedenkstätten Neuengamme und Bergen-Belsen, zuletzt Leiter des Projektes »Digitalisierung der WVHA-Häftlingskartei«.

- 1 Für einen ersten Projektbericht siehe Johannes Ibel: Digitalisierung der Häftlingskartei des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes. In: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Band 10 (2007), S. 172–176.
- 2 Ein ausführlicherer Projektbericht kann bei einer der beteiligten Institutionen angefordert werden. Ein Aufsatz des Verfassers über die WVHA-Häftlingskartei erscheint voraussichtlich im Herbst 2009 in: Dachauer Hefte. Studien und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Heft 25 (2009).
- 3
- 4 Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, NS 3/1577.
- 5 Siehe die fragmentarische Überlieferung des Dokumentationszentrums. Bundesarchiv, D01.

Die beteiligten Institutionen

- Bundesarchiv, Berlin
- Polski Czerwony Krzyż, Warszawa
- Gedenkstätte Bergen-Belsen, Lohheide
- Gedenkstätte Buchenwald, Weimar-Buchenwald
- KZ-Gedenkstätte Dachau, Dachau
- KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, Flossenbürg
- KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, Nordhausen
- KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg
- Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Fürstenberg
- Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Oranienburg
- Państwowe Muzeum Auschwitz-Birkenau, Oświęcim
- Muzeum Gross-Rosen, Wałbrzych
- Państwowe Muzeum na Majdanku, Lublin
- Państwowe Muzeum Stutthof, Sztutowo
- Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, Wien
- Nationaal Monument Kamp Vught, Vught
- Centre européen du résistant déporté, Natzwiller
- Internationaler Suchdienst, Bad Arolsen
- NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, Köln
- NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz/Gedenkstätte KZ Osthofen, Osthofen
- Kreismuseum Wewelsburg, Büren
- Museo della Deportazione e Centro di Documentazione della Deportazione e Resistenza, Prato
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien
- Falstadsenteret, Ekne
- Fédération Nationale des Déportés et Internés, Résistants et Patriotes, Paris
- Fondation pour la Mémoire de la Déportation, Paris/Caen
- Subdirección General de los Archivos Estatales, Madrid
- Frøslevlejrens Museum, Padborg
- Nationaal Gedenkteken van het Fort van Breendonk, Willebroek
- Nederlands Instituut voor Oorlogsdocumentatie, Amsterdam
- Het Nederlandse Rode Kruis, Den Haag

Nationalsozialismus und Holocaust – Themen für Kinder?

Michaela Illner

In den letzten Jahren scheint der Holocaust ein Thema für immer jüngere Kinder zu werden. Museen und Gedenkstätten werden zunehmend nach Programmen zur »Holocaust Education« im Grundschulalter befragt. Welche Erfahrungen, Bedürfnisse und Wünsche existieren auf Seiten der Schulen? Wann und wie sollten Kinder mit diesen Themen konfrontiert werden? Damit sind einige der häufigen Fragen genannt, mit denen sich schulische und außerschulische Pädagogen, Museumsmitarbeiter und Eltern auseinandersetzen. Meiner Meinung nach kann auf die Frage, ob der Holocaust und der Nationalsozialismus ein Thema für Kinder (im Kindergarten- und Grundschulalter) sei, nicht mit einem klaren Ja oder Nein geantwortet werden. Es gibt einerseits gute Zugänge, von denen einer im Folgenden exemplarisch dargestellt wird, und es gibt andererseits Probleme bei der Vermittlung durch Lehrer und Erzieher, die unter anderem von Matthias Heyl und Micha Brumlik¹ dargelegt wurden. Es besteht die Gefahr der Instrumentalisierung von Auschwitz zur Demokratie-Erziehung und Erziehung zur Zivilcourage, der Verzerrung des Massenmords an den Juden und einer Choreographie von Betroffenheit. Mit dem »Geschichtslabor 1933–45«, einer Ausstellung für Kinder, hat sich das Jugend Museum in Berlin Schöneberg der Auseinandersetzung gestellt.

»Das Geschichtslabor 1933–45«

Am 16. November 2008 endete im Jugendmuseum das Bundesmodellprojekt »Das Geschichtslabor 1933–45«. Mit der experimentellen Ausstellung »Hands on History« wurden am Beispiel historischen Lernens ein Jahr lang neue Konzepte und Methoden entwickelt, die sich insbesondere an Kinder richten.

Kinder werden im Alltag und in den Medien mit Einzelheiten der NS-Zeit konfrontiert. Ihnen begegnen in ihrer nächsten Umgebung Hakenkreuzschmierereien, ausländischerfeindliche Kritzeleien mit geschichtlichem Bezug oder sie werden Zeugen von antifaschistischen Demonstrationen. Daher galt es, junge Menschen dabei zu unterstützen, sich selbst und andere in einer geschichtlichen und kulturellen Entwicklung zu verstehen sowie eigene Geschichtsbilder in unterschiedlichen Kulturen zu erkennen und kritisch zu hinterfragen. Es sollte eine Geschichtsvermittlung angeboten werden, die aktuelle Bezüge nicht scheut und im Dialog und nicht allein in der Präsentation von Fakten erfolgt.

Das Handlungskonzept

Im Mittelpunkt stand die Entwicklung eines »Geschichtslabors«, das »Forschungsstätte«, Werkstatt, Experimentierfeld und Ausgangspunkt für weitere Recherchen im Stadtraum zugleich sein sollte. Man wollte Kinder dabei unterstützen, neue Zugänge zur Geschichte zu erfahren, Neugier zu entwickeln und ihren Forschergeist einzusetzen. Im Umgang mit originalen Überresten, authentischen Orten und Menschen sollte den Kindern verdeutlicht werden, wie die »große Geschichte« auch im Kleinen nachvollziehbar sein konnte. Daher wurde Kindern ab der 5. Klasse im Rahmen von Projekttagen

und Workshops ermöglicht, in Archiven und einem »Labor« selbst aktiv zu werden und sich als »richtige Forscher« zu erproben. Dieser Prozess des historischen Lernens wurde einer sehr aufmerksamen Beobachtung und Reflexion unterzogen. Die inhaltliche Akzentuierung setzte dabei auf die Zeit des Nationalsozialismus, des II. Weltkrieges und Migrationsgeschichte. Petra Zwaka, die Leiterin des Jugendmuseums, versprach sich mit diesem Schwerpunkt eine Sensibilisierung der Schüler für frühe Anzeichen von Ausgrenzung und Gewalt im Alltag. Ihr Blick für die Gegenwart sollte so geschärft werden. Die Bildung von Geschichtsbewusstsein bei Kindern mit Migrationshintergrund lag ihr besonders am Herzen. Sie wollte ihnen einen biografischen Umgang auch mit widrigen Themen der Geschichte, wie z.B. Menschenrechtsverletzungen, Verfolgung und Tod ermöglichen.

Die Umsetzung

Um Kindern und Jugendlichen einen altersgemäßen Zugang zu dem sensiblen Thema »Nationalsozialismus« zu bereiten, hat die Projektleitung Bildergeschichten und Comiczeichnungen in Bildstreifen ausgewählt und auf Leuchtkästen an den Wänden des Jugend Museums installiert, die erzählerisch stark und visuell sehr eindrücklich verschiedene thematische Einheiten vermittelten. Die Ausgrenzung jüdischer Schülerinnen und Schüler, das Überleben jüdischer Bürgerinnen und Bürger im Versteck oder auch Hintergrundinformationen zu Begriffen wie »Angriffskrieg«, »Heimatfront« und »Hitlerjugend« wurden visuell aufgearbeitet. Die Bilder stammen von den Zeichnern Eric Heuvel (»Die Entdeckung«), Joe Kubert, Art Spiegelman (Maus I und II) und Jaques Tardi.

Viele der markanten Gegenstände, die in den Comics abgebildet waren, fanden sich auch in den Schaukästen der Ausstellung wieder. Die historischen Objekte der Schausammlung lagen mit Informationskärtchen versehen geschützt unter Glas. Von der Schausammlung wurden die Kinder von anleitenden Pädagogen in das eigens eingerichtete »Forschungsarchiv« im Jugendmuseum geleitet. Einige Objekte durften die Kinder, ausgestattet mit weißen Kitteln und Handschuhen, im Depot anfassen, erforschen, untersuchen und begreifen. In den Ausstellungsräumen konnten die Besucher Tondokumente aus der NS-Zeit hören, die über altmodische Telefone abgespielt wurden.

Projekttag

Für die Klassen 5 bis 8 wurden zwei Projekttag angeboten, an denen die Schülerinnen und Schüler in der Ausstellung recherchieren und selbst ein kleines Materialdossier über eine Bildgeschichte oder eine Comiczeichnung, ein Objekt, eine Lebensgeschichte oder einen historischen Ort erstellen konnten. Am zweiten Tag war eine szenische Präsentation auf der Grundlage des erarbeiteten Materials vorgesehen, die sie dann auf der Bühne vorführten. Für die Klassen 7 und 8 wurde ein Projekttag angeboten, an dem die Jugendlichen, die mit dem Thema Nationalsozialismus schon etwas vertraut waren, in kleinen Gruppen in der Ausstellung und im Depot forschen konnten. Dort konnten sie Fotos sichten und recherchieren, Biografien erkunden und Dokumente auswerten. Im Anschluss präsentierten sie der Klasse ihre Ergebnisse.

Audioguide von Schülern für Schüler

Schüler einer sechsten Klasse der Barbarossa-Grundschule haben während einer Projektwoche einen Audioguide »Durch das Bayerische Viertel – Kinder führen Kinder«

entwickelt. Das »Bayerische Viertel« wurde in Berlin zu Beginn des 20. Jahrhunderts errichtet, liegt rund um den Bayerischen Platz zwischen Hohenstaufen- und Badensche Straße in der sogenannten City-West und zählt zu den wohlhabenden Wohngebieten der Hauptstadt.

Der Audioguide wurde vor Ort in Anwesenheit des Stadtrats für Schule, Bildung und Kultur Dieter Hapel und dem BVV-Abgeordneten Ralf Olschewski (CDU) am 9. November 2008 der Öffentlichkeit übergeben. Nach kurz gehaltenen Ansprachen von Frau Zwaka und Herrn Hapel lasen am Projekt beteiligte Schüler Auszüge aus Briefen von Verstorbenen vor. Durch das außerordentliche Engagement der Schüler war eine sehr entspannte und dennoch dem Anlass des Gedenkens angemessene Atmosphäre spürbar. An der Veranstaltung nahmen 80 Personen teil. Sie konnten sich den Audioguide vor Ort auf mitgebrachte Speichermedien kopieren und/oder ausleihen und mit einem dazu ausgeteilten Begleitheft im eigenen Tempo den Rundgang ablaufen. Dieser Audioguide wurde von Kindern für Kinder entwickelt.

Dazu wurde die ehemalige Klasse 6b der Barbarossa-Grundschule angesprochen, nachdem sie sich bei einem Besuch des Geschichtslabors in der Hauptstraße sehr interessiert und auch engagiert gezeigt hat. So kam die Klasse noch vor den Sommerferien 2008 im Rahmen einer Projektwoche in das Jugend-Museum, um den akustischen Leitfaden in dem dort angebotenen Workshop zu produzieren. Die Schülerinnen und Schüler kombinieren Dialoge mit Interviews mit Passanten und Zeitzeugen und prä-

„BETONKLOTZ“ AN DER GENERAL-PAPE-STRASSE



DAS IST EIN MODELL DES TRUHMENHOFES, DEN HITLER FÜR BERLIN PLANTE.



WÄHREND DES PROJEKTS WURDEN ZWANGSARBEITETER AUF DER BRUSTELLE MIT DER HILFENUNTERSTÜTZE EINGESATZT.



DER MEISTE IST FAHREN, DIE ZWANGSARBEITETEN KEHREN IN IHRE HEIMLÄNDER ZURÜCK.

Die Bildstreifen visualisieren eindrucksvoll Lokalgeschichte.

sentieren eigene Gedanken im Wechsel mit informativen Passagen. Die Klasse wurde dazu in vier Redaktionsteams unterteilt. Anhand von 37 Stationen erzählen sie beispielhaft und dennoch umfassend in etwa 80 Minuten die Geschichte der jüdischen Bewohner des Bayerischen Viertels. Am Beispiel von einzelnen Lebensgeschichten und konkreten Orten wird die Geschichte der Juden in diesem Quartier erzählt, entlang ausgewählter Tafeln des 1993 eingeweihten dezentralen Denkmals »Orte des Erinnerns«, sowie anhand einiger von Gunther Demnig verlegter »Stolpersteine«, der ehemaligen Synagoge Münchner Straße, der Gedenkmauer in der Grundschule Löcknitzstraße, der Georg-von-Giesche-OS (ehemaliges Werner-Siemens-Realgymnasium) und der Kirche zum Heilsbrunnen.

Am Anfang des Audioguides steht eine kurze Einleitung zur Geschichte der jüdischen Bewohner des Viertels und zum dezentralen Denkmal für die ermordeten Juden des Stadtviertels. Den Künstlern Renata Stih und Frieder Schnock ist es mit der Kombination



Schülerin mit Schutzkleidung beim Hantieren mit einem originalen Objekt

aus Kunstobjekt und historischen Informationen gelungen, den schleichenden Prozess der Vernichtung der jüdischen Einwohner aufgrund von Dutzenden von Regelungen und Gesetzen deutlich zu machen. Es ging ihnen mit der Installation von 80 Tafeln (je 50 x 70 cm) in einer Höhe von etwa drei Metern an den Masten von Straßenlaternen darum, zu zeigen, dass erst die Entrechtung, dann die Vertreibung und schließlich Ermordung keine plötzlichen unvermeidbaren, über alle Menschen hereinbrechenden unabwendbaren Ereignisse waren. Ein knapper Text, schwarz auf weiß, mit entsprechendem Datum weist auf der einen Seite der Schilder auf die unterschiedlichen antisemitischen Maßnahmen hin. Auf der Rückseite befindet sich eine einfache bildliche Darstellung.² Darüber hinaus erklären die Schüler den Übersichtsplan, der zum Denkmal »Orte des Erinnerns im Bayerischen Viertel. Ausgrenzung und Entrechtung, Vertreibung, Deportation und Ermordung von Berliner Juden in den Jahren 1933 bis 1945« gehört. Er befindet sich an der Stirnseite des Platzes hin zur Grunewaldstraße und ist in schwarz und rosa überlagernd gekennzeichnet. Die rosa Karte ist der »aktuelle« Plan von 1993 die schwarze Karte kennzeichnet das Viertel im Jahr 1933. Daraus ergibt sich leicht ein Überblick über die zur Zeit des Nationalsozialismus und im Laufe des Krieges eingetretenen Veränderungen.

Nach Abschluß des Projekts bestätigte die Leiterin des Jugend Museums, Petra Zwaka, das außerordentlich große Interesse am »Geschichtslabor 1933–45«. Die begleitende Evaluation hat die Annahme bestätigt, dass authentische Objekte, verknüpft mit dem Ansatz des entdeckenden Lernens jungen Menschen den Zugang zu dem komplexen Thema Nationalsozialismus und Judenverfolgung erleichtern können.



Gegenstände aus Comics tauchten in der Schausammlung unter Glas oder zum Berühren, versehen mit Informationen wieder auf.
Alle Fotos:
Michaela Illner

Auswertung

Anhand der Beobachtung von über 1.500 Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 10 und 14 Jahren, die in der Ausstellung Projekttag oder eine Projektwoche verbracht haben, lässt sich zusammenfassen: Die Bildersprache solcher »Bildungs-Comics«, die für die Ausstellung im Jugendmuseum gewählt wurde, ist für Kinder und Jugendliche leicht zugänglich.

So konnte auch das Anne-Frank-Zentrum Berlin eindrucksvoll auf einem Symposium im November 2008 von dem erfolgreich erprobten Einsatz vom Comic (»Die Suche«) als Unterrichtsmaterial in ausgewählten Berliner Schulen berichten.

Das Verblüffende an den Projekttagen mit den jüngeren Schülern war, so Frau Zwaka, gar nicht das jeweilige Ergebnis, z.B. das Theaterstück, sondern eher der kreative Prozess der Entstehung. Hier hatten die Kinder Raum für eigene Befindlichkeiten, Gespräche und Emotionen. Teilweise war es überraschend, wie viel Kinder über diesen Teil der Geschichte schon wussten. Viele der Arbeitsaufträge waren mit intensivem Lesen und Schreiben verbunden, was den Grundschulern wesentlich leichter fiel als den Jugendlichen.

Bei den älteren Schülern war die Lustlosigkeit und die mangelnde Bereitschaft konzentriert zu arbeiten eher zu spüren. Vermutlich wirkte diese Form von Arbeitsaufträgen zu verschult. Sie sehnten sich wohl nach Abwechslung. Von den älteren Kindern hingegen wurden die Arbeitsaufträge, Interviews mit Passanten auf der Straße zu führen, viel engagierter ausgeführt. Oft beschwerten sie sich bei den Mitarbeitern des Jugend Museums nach ihren ersten Eindrücken in Gesprächen mit Passanten darüber, dass sie thematisch nur schlecht vorbereitet wurden und wollten schließlich aus eigener Initiative heraus mehr über bestimmte Themenbereiche wissen. »Wir hoffen aber, dass die Kinder neue, eigene Fragen an die Geschichte oder die originalen Gegenstände stellen. Über die Forschungsarbeit sollen sie ihre eigene Position finden«, so Petra Zwaka.

Ihre Erfahrung war, dass es zunehmend wichtiger wird, Kinder selber arbeiten zu lassen, anstatt ihnen Zahlen und Fakten zu präsentieren. »Wir wollen mit neuen Formen des historischen Lernens experimentieren und dabei modellhafte Herangehensweisen für die demokratische Erziehung von jungen Menschen entwickeln. Auf diese Weise dient die Arbeit im Geschichtslabor auch als Beobachtungsfeld, was beim ›Geschichte lernen‹ wirklich in den Köpfen und Herzen der Kinder geschieht und wie Geschichte auf die eigene Gegenwart zu übertragen ist«, erklärt Petra Zwaka.³

Die gewählte Form der Geschichtsvermittlung holt die Schüler gewissermaßen dort ab, wo sie stehen. An biografischen Einzelschicksalen können Handlungsspielräume zwischen Mut zum Widerstand und Angepasst sein aufgedeckt werden und somit demokratische und humanistische Werte und Rechte vermittelt werden.

Das konkrete Projekt des Jugend Museums in Berlin bestärkt die Auffassung von Heike Deckert-Peaceman, »dass durch eine rechtzeitige, behutsame und wohlgedachte Auseinandersetzung mit dem Thema Ausgrenzung, Entrechtung und Nationalsozialismus eine Festsetzung von Vorurteilen, genauso wie eine unreflektierte Übernahme von weithin verbreiteten historischen Klischees, Legenden oder NS-Mythen verhindert werden können.«⁴ Nach der Finissage im November teilte Frau Zwaka mit, dass Teile der Ausstellung in Koffern verpackt werden und für den mobilen Einsatz an Schulen oder anderen Bildungseinrichtungen zur Verfügung stehen sollen. Sie hofft auf eine weiterhin ausgeprägte Kooperationsbereitschaft seitens der Lehrerschaft.

Kontakt

Jugendmuseum Schöneberg

Hauptstraße 40–42

10827 Berlin

Tel. (030) 75606163

zwaka@jugendmuseum.de

www.jugendmuseum.de | www.geschichtslabor.de

Michaela Illner hat Erziehungswissenschaften an der FU Berlin studiert und arbeitet seit 2001 als Sachbearbeiterin im Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors

- 1 siehe dazu den Redetext von Brumlik vom 1. Dezember 2008 in der Amadeu Antonio Stiftung aus Anlass ihres 10. Jubiläums
- 2 siehe dazu: www.fernweh.de/bayrisches_viertel.html
- 3 siehe dazu: www.vielfalt-tut-gut.de – Aus der Arbeit der Modellprojekte
- 4 Heike Deckert-Peaceman auf dem Symposium des Jugend Museums: »NS und Holocaust – Ein Thema für Kinder?« in Berlin am 14.11.2008

Literatur zum Thema

Abram, Ido/Mooren, Piet: Erziehung nach Auschwitz... mit und ohne Auschwitz?
Eine Aufgabe für Kindergarten und Grundschule. In: Moysich/Heyl (Hg.) 1998,
S. 93–109

Badmor, Alisa: Vergangenheit und Identität im Kindermuseum zur Geschichte des Holocaust.
In: Moysich/Heyl (Hg.) 1998, S. 211–218

Beck, Gertrud: Holocaust als Thema in der Grundschule. In: Die Grundschulzeitschrift,
10/1996/97, S. 10–17

Deckert-Peaceman, Heike: Holocaust als Thema für Grundschulkindern? Ethnographische Feldforschung
zur Holocaust Education am Beispiel einer Fallstudie aus dem amerikanischen Grundschulunterricht
und ihre Relevanz für die Grundschulpädagogik in Deutschland. Frankfurt am Main: Peter Lang/
Frankfurt 2002

Moysich, Jürgen/ Heyl, Matthias (Hg.): Der Holocaust. Ein Thema für Kindergarten und Grundschule?
Hamburg 1998

Rohrbach, Rita: Nationalsozialismus als Thema im frühen Historischen Lernen – Erfahrungen
und Unterrichtsmaterialien. In: Bergmann/Rohrbach (Hg.) 2001, S. 298–365

Links

Homepage zum Projekt vom Jugendmuseum
www.geschichtslabor.de

Rede von Prof. Dr. Micha Brumlik vom 1. Dezember 2008

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/debatte/kommentare/dass-auschwitz-sich-nie-wiederhole-eine-rede-von-micha-brumlik.print.html

Das Jüdische Deportations- und Widerstandsmuseum im belgischen Mechelen

PERSPEKTIVEN DER HISTORISCH-POLITISCHEN BILDUNGSARBEIT

Tanja von Franzecky

Im Folgenden werde ich das Jüdische Deportations- und Widerstandsmuseum (Joods Museum voor Deportatie en Verzet/ Musée Juif de la Déportation et de la Résistance) im belgischen Mechelen und seine pädagogische Arbeit vorstellen.¹ Das Museum ist 1995 eröffnet worden. Es befindet sich am Ort des ehemaligen SS-Sammellagers für Juden in Belgien, das im Sommer 1942 von dem Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich eingerichtet wurde.

Geschichte des SS-Sammellagers Mechelen

Am 10. Mai 1940 marschierten deutsche Truppen in das neutrale Belgien ein. Nach 18 Tagen kapitulierte die belgische Armee. Die deutschen Besatzer etablierten eine Militärverwaltung mit dem Infanteriegeneral Alexander von Falkenhausen an der Spitze. Das Territorium, welches unter seiner Verwaltung stand, umfaßte neben Belgien auch zwei nordfranzösische Departements.

Am 28. Oktober 1940 ordneten die Besatzer an, dass sich alle Juden ab dem 15. Lebensjahr in ihrem Wohnort in ein Register eintragen lassen mußten. 56 186 Juden haben sich daraufhin belgienweit eintragen lassen. Am 29. Juli 1941 kam der im April desselben Jahres zum belgischen Minister des Inneren und der Volksgesundheit ernannte Gerard Romsée (Vlaams Nationaal Verbond) der Forderung der Besatzer nach, allen Juden den Zusatz »Jood-Juif« in den Personalausweis zu stempeln. Gleichzeitig wies er alle Bürgermeister an, eine Kopie des lokalen Judenregisters an die Sicherheitspolizei in Brüssel abzugeben. Am 29. August 1941 wurde den Juden in Belgien eine Aufenthaltsbeschränkung auferlegt. Sie durften nur noch in den Städten Brüssel, Antwerpen, Liège und Charleroi wohnen. Am 17. Januar 1942 wurde ihnen verboten, das Land zu verlassen. Im Frühjahr 1942 wurden fast alle 7408 Betriebe in jüdischem Besitz enteignet und liquidiert, die übrigen, in der Regel metallverarbeitende Betriebe, wurden »arisiert«. Es folgte am 22. April 1942 eine Verordnung, die »den Verfall des Vermögens von Juden zu Gunsten des deutschen Reiches«² anordnete. Am 27. Mai 1942 wurde das Tragen des sogenannten Judensterns obligatorisch. Ab dem 1. Juni 1942 wurde für Juden eine Ausgangssperre von 20 Uhr bis 7 Uhr verhängt. Während dieser Zeit mußten sie sich an dem Ort befinden, wo sie laut dem Judenregister wohnten. Mitte Juni 1942 meldete der Chef des Verwaltungsstabs beim Militärbefehlshaber Eggert Reeder: »Mit den vorstehend genannten Massnahmen kann die *Judengesetzgebung* in Belgien nunmehr als *abgeschlossen* betrachtet werden. Die Juden haben nur noch äusserst beschränkte Lebensmöglichkeiten. Der nächste Schritt wäre nunmehr die Evakuierung aus Belgien, die jedoch nicht von hier aus, sondern nur im Zuge der allgemeinen Planung von den zuständigen Reichsstellen veranlasst werden kann.«³

Am 15. Juli 1942 beauftragte der Vizechef der Militärverwaltung Harry von Craushaar den Lagerleiter des seit September 1940 von der Sicherheitspolizei betriebenen Auffanglagers im Fort Breendonk SS-Sturmbannführer Philipp Schmitt damit, die

Einrichtung eines Sammellagers in Mechelen »für den Arbeitseinsatz der Juden in die Wege zu leiten.«⁴

Mechelen liegt zwischen Antwerpen und Brüssel, zwischen den beiden Städten in denen es die größten jüdischen Gemeinden gab. Direkt neben dem dort eingerichteten Lager verlief eine Bahnstrecke. In Mechelen wurden die Juden aus Belgien interniert, um sie von hier aus in die Vernichtungslager zu deportieren. Sie wurden ihrer letzten Wertsachen beraubt, mit einer Nummer versehen und mussten unter erbärmlichen Lebensumständen auf die Fahrt in den Tod warten. Bereits am 4. August 1942 verließ der erste Deportationszug mit 998 Insassen das Lager. Innerhalb der folgenden drei Monate wurden zwei Drittel aller jüdischen Deportierten zum »Arbeitseinsatz« in den Osten verschleppt.⁵ Zwischen dem 4. August 1942 und dem 31. Juli 1944 fuhren 28 Deportationszüge von Mechelen nach Auschwitz ab. In 27 Zügen wurden Juden verschleppt. Die ebenfalls in Mechelen internierten Sinti und Roma wurden am 15. Januar 1944 nach Auschwitz-Birkenau deportiert.

Insgesamt 24916 Juden und 351 Sinti und Roma sind von Mechelen aus deportiert worden. Auch die Juden aus den beiden vom Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich mitverwalteten nordfranzösischen Departements Nord und Pas-de-Calais sind über Mechelen in den Osten verschleppt worden. Von den 56186 registrierten Juden sind 24046 (42%) im Rahmen der Shoah ermordet worden. Am 8. Mai 1945 lebten von den insgesamt 25267 Deportierten nur noch 1221.

Erinnerungspolitik in Belgien

Nach der Befreiung im September 1944 pflegte vor allem der frankophone Teil Belgiens Erzählungen vom heroischen Widerstand gegen die deutschen Besatzer, während den Flamen nicht zu unrecht aber zu pauschal die Kollaboration mit den Deutschen vorgehalten wurden. Viele Flamen sind aufgrund von Kollaboration strafrechtlich verurteilt worden. Eine große rechte bis rechtsextreme Sympathisantenszene forderte daraufhin jahrzehntelang lautstark eine Amnestie für die inhaftierten Nazi-Kollaborateure.

Mit teilweise heftig ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Sprachgruppen Belgiens um die Deutungshoheit über die jüngste belgische Vergangenheit, bei gleichzeitigem nationalen Rekurs auf Heldengeschichten des nichtjüdischen Widerstands, kann erklärt werden, warum die 1947 gegründete Nationale Gedenkstätte Fort Breendonk vergleichsweise früh und das 1995 eröffnete Jüdische Deportations- und Widerstandsmuseum in Mechelen vergleichsweise spät eröffnet wurden. Die verfolgten und ermordeten Juden hatten bis in die 90er Jahre im belgischen Erinnerungsdiskurs keinen Platz. So erinnert sich Sarah Goldberg, eine Auschwitz-Überlebende »dass man Ende der fünfziger Jahre – sie war damals Sekretärin der Belgischen Vereinigung der ehemaligen politischen Gefangenen von Auschwitz-Birkenau – viel von der Résistance und den Widerstandskämpfern sprach, aber als Jude deportiert worden zu sein, das war fast eine Schande.«⁶ Die späte Erinnerung ist gewiß auch darin begründet, dass die aus Belgien deportierten Juden nur zu sieben Prozent die belgische Staatsangehörigkeit besaßen und damit überwiegend nicht als belgische Opfer galten.

Das Jüdische Deportations- und Widerstandsmuseum

Die Initiative, an dem Ort des ehemaligen SS-Sammellagers ein Museum zu gründen, ging von jüdischen Überlebenden und deren Angehörigen aus. Nach der Befreiung

Belgiens wurde die Dossin-Kaserne, in der das Lager errichtet worden war, erneut vom belgischen Militär genutzt. Seit 1956 organisierte die Vereniging voor Joodse Weggevoerden in België – Zonen en Dochters van de Deportatie (Vereinigung jüdischer Deportierter in Belgien – Söhne und Töchter von Deportierten) anlässlich des Befreiungstags im September alljährlich eine Gedenkveranstaltung vor dem Portal der Kaserne. In einem Raum in der Kaserne wurde eine Ausstellung installiert, die an ihre Funktion als Sammellager erinnerte. Zwischen 1975 und 1988 stand die Kaserne leer und verfiel. Es gab Pläne, sie abzureissen, Supermarktketten zeigten sich an der Immobilie interessiert. Letztendlich wurden dort Appartements eingerichtet. Jüdische Überlebende und deren Angehörige, die sich schon seit längerem für die eine Gedenkstätte und ein Museum am historischen Ort einsetzten, fanden schließlich Unterstützung in der Politik. In dem Quergebäude an der Stirnseite der ehemaligen Kaserne wurden sukzessive Wohnungen angekauft und dem zu gründenden Museum zugeschlagen. Am 7. Mai 2005 eröffnete der König das Museum.

Im Jahr 2012 soll das Museum in einen Neubau gegenüber dem heutigen Standort umziehen, während das Archiv und die Verwaltung am historischen Ort bleiben werden. Der Erinnerungsort, der «Kaserne Dossin, Memoriaal, Museum en Documentatiecentrum over Holocaust en Mensenrechten» heißen soll, wird räumliche Möglichkeiten wie beispielsweise Seminarräume bieten, die das bisherige Museum nicht hat. Für die Bildungsarbeit bedeutet das, dass schulische und außerschulische Angebote entwickelt werden können, die bisher aufgrund des Platzmangels nicht durchführbar waren.

Die Bildungsarbeit des Museums

Das Museum wird jedes Jahr von etwa 36 000 Menschen, meist Schulklassen, besucht. Die Besucher und Besucherinnen werden von geschulten Guides durch das Museum geführt. Räumlich ist alles sehr eng, nicht selten warten Schulklassen draußen vor der Tür bis der Vorraum, in dem die Führung beginnt, frei wird. Eine Bildungsarbeit, die über die Vermittlung von Wissen während der Führungen hinausgeht, kann hier aus räumlichen Gründen nicht stattfinden. Oftmals wird der Besuch des Museums mit dem Besuch des zwölf Kilometer entfernt gelegenen Breendonk Memorial kombiniert, so dass die Schüler und Schülerinnen an einem Tag zwei Führungen durch NS-Gedenkstätten verarbeiten müssen.

In der Bildungskonzeption des Museums werden Abstraktionen vorgenommen und Zusammenhänge hergestellt, die kritisch zu hinterfragen sind. Da diese sich auch in Bildungsansätzen in deutschen NS-Gedenkstätten oft finden lassen, halte ich es für sinnvoll, diese Aspekte in der Hoffnung auf eine Auseinandersetzung über die pädagogische Zielrichtung anzusprechen: Für Lehrkräfte sind die pädagogischen Leitlinien des Museums vor einigen Jahren in einer didaktischen Handreichung⁷ festgehalten worden. Darin heißt es u.a., der Genozid könne nicht nur anhand von historischen Fakten vermittelt werden, sondern man müsse »an die Wurzel des Übels gehen«, »den Rassismus begreifen als eine Ablehnung von allen, die nicht derselben Rasse, Blut, Nation, Volk oder auch demselben Geschlecht, Kultur oder Kirche angehören«⁸. Die Gleichsetzung von Diskriminierung und tödlicher Verfolgung und die von Antisemitismus mit Rassismus ist analytisch irreführend. Zudem wird die Problematik, die sich aus der positiven Bezugnahme auf eine konstruierte exklusive Zugehörigkeitskategorie wie die des Volks ergibt, nicht weiter thematisiert. Die in der Handreichung formulierte Einschätzung



Ankunft von Juden im
Innenhof des Sammel-
lagers, 1942
Quelle: Musée Juif de la
Déportation et de la
Résistance – Malines /
Fonds Kummer



Gedenkfeier vor der
Dossin-Kaserne, Sep-
tember 1960
Quelle: Musée Juif de la
Déportation et de la
Résistance – Malines /
Fonds Sven

die Entscheidung für ein rassistisches Weltbild sei eine freiwillige Wahl, verkennt zudem, dass Rassismus, wie auch Antisemitismus nicht nur das Ergebnis individueller Vorurteile sind, sondern vor allem das Resultat von Ungleichheiten, die gesellschaftlich vermittelt und für die Gesellschaft insgesamt konstitutiv sind. Konstruktionen und Gruppenzuschreibungen entstehen im Spannungsfeld zwischen Individuum und sozialer Umgebung. Einstellungen müssen deshalb in ihrem gesellschaftlichen Entstehungszusammenhang und mit Blick auf den daraus resultierenden mehrheitsgesellschaftlichen Mehrwert analysiert werden. Eine Pädagogik, die lediglich Vorurteile oder Ideologien der Ungleichheit anhand von Fakten widerlegen will, wird dem nicht gerecht.

Es stellt sich die Frage, ob der Eingangsimpuls der Ausstellungsführungen, der so oder so ähnlich auch häufig in der historisch-politischen Bildungsarbeit in Deutschland eingesetzt wird, zu den richtigen Erkenntnissen führt.

Familienalbumfotos von Juden, die von Mechelen aus deportiert wurden, werden vorgestellt. Den Schulklassen wird die Frage gestellt, wer auf diesen Fotos jüdisch sei. Die Schüler deuten in der Regel auf dunkelhaarige Personen mit markanter Nase oder, wenn sie meinen, auf einem Foto Hinweise auf Reichtum oder religiöse Insignien des Judentums entdeckt zu haben. Hier soll gleich zu Beginn des Rundgangs das Vorurteil vom reichen, desintegrierten und orthodoxen Juden bekämpft werden, indem anhand von anderen Fotos erklärt wird, dass es auch arme, assimilierte und wenig oder gar nicht religiöse Juden gab. Ob dieses Aufrufen von antisemitischen Stereotypen und die Richtigstellung im Rahmen kurzzeitpädagogischen »Einmal-Situationen«⁹ also ohne eine gründliche Bearbeitung sinnvoll ist, bleibt zu bezweifeln.¹⁰ Es ist unwahrscheinlich, dass sich das mitgebrachte Bild von Juden durch die Vermittlung anderer Fakten so erschüttern läßt. Vielmehr ist zu befürchten, dass dieses Vorgehen zu einer Bestätigung bestehender mitgebrachter Bilder führt.¹¹

In den gedenkstättenpädagogischen Leitlinien heißt es auch, die Ausstellung sei betont rational konzipiert worden, da die Emotionen Reflexionen nicht verhindern dürfen. In Gesprächen mit den Mitarbeitern habe ich zudem öfter gehört, das Museum habe den Auftrag (politisch) neutral zu bleiben. Was aber heißt Rationalität und Neutralität in diesem Fall?¹² Diese Frage stellt sich für die Gedenkstättenpädagogik generell. Eine Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus und der Shoah kann nicht neutral sein, sie muss die Würde der Opfer schützen und sie muß dem Gegenstand angemessen sein. Damit verbietet sich ein didaktisches und inhaltliches anything goes. Doch was gegenstandsbezogen angemessen ist und der Würde der Opfer entspricht, lässt sich aus der Geschichte so wenig klar konturiert ableiten wie die Frage nach dem Transfer zwischen Geschichte und aktuellen gesellschaftlichen Problemen. Mit Blick auf den pädagogischen Auftrag entstehen zusätzliche Fragen. Wie sollen beispielsweise die didaktischen Prinzipien der politischen Bildung, das Überwältigungsverbot, die Adressatenorientierung und das Kontroversitätsgebot in der Gedenkstättenpädagogik realisiert werden? Der Besuch einer NS-Gedenkstätte ist für viele Menschen ohnehin beeindruckend oder überwältigend. Ist eine pädagogische Verstärkung im Sinne von Empathie-Lernen wünschenswert und wo wird die Grenze zur Indoktrinierung, impliziten Betroffenheitszumutungen oder Desorientierung überschritten?¹³ Auch das Kontroversitätsgebot, also das Gebot gesellschaftliche Kontroversen in der Bildungsarbeit kontrovers abzubilden, die Bildung einer begründeten Meinung zu ermöglichen, ist in einer NS-Gedenkstätte nur

bedingt als offener Meinungs-austausch gestaltbar. Unangebrachte Analogiebildungen und Banalisierung der historischen Zusammenhänge oder das Funktionalisieren von Biographien von Opfern sind typische Fallen.

Die zukünftige Bildungsarbeit in Mechelen

In der pädagogischen Abteilung wird aktuell, gerade auch im Hinblick auf die neuen Möglichkeiten in der Bildungsarbeit ab 2012, an einem neuen Bildungsmaterial gearbeitet. Insgesamt acht Module sollen Lehrkräften helfen, einen Besuch im Museum vor- und nachzubereiten. Die Zielgruppe sind Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren.

Das erste Modul zum Judentum und der Geschichte der Juden in Belgien zielt darauf ab, die Diversität jüdischer Perspektiven herauszustellen. Das bedeutet auch, dass es auf die Frage, was das Judentum für die Einzelnen bedeutet, unterschiedliche Antworten gibt. Es sollen mit Hinblick auf die Zielgruppe des Bildungsmoduls junge Jüdinnen und Juden zu Wort kommen, die darstellen, was ihr Jüdischsein heute in Belgien für sie bedeutet. Bildungsziel ist es dabei zu zeigen, dass Juden wie jede andere Gruppe keine homogene Gruppe mit verallgemeinerbaren Eigenschaften sind. Gezeigt werden soll aber auch, was – neben der kollektiven Erfahrung der Verfolgung – verbindend ist so z.B., was die religiöse Gemeinsamkeit von Juden ausmacht. Deshalb werden einige Elemente des Judentums, etwa die koscheren Speisegesetze und religiöse Feste, erklärt.

In dem zweiten Teil des Moduls soll die Geschichte von Juden in Belgien nachvollziehbar gemacht werden. Wie, wann und warum kamen Juden nach Belgien? Hier kann ein Ausschnitt der europäischen Migrationsgeschichte erzählt werden, beispielsweise die Bedeutung des Überseehafens in Antwerpen für die Transitmigration durch Belgien in die USA beziehungsweise nach Kanada auf der Suche nach einem besseren Leben.¹⁴ Dargestellt werden soll darüber hinaus, dass seit 1881 viele Juden vor Armut und antisemitischen Pogromen, vor allem aus dem zaristischen Rußland, aber auch aus anderen osteuropäischen Ländern, nach Belgien flohen. Aus denselben Gründen und mit demselben Ziel immigrierten nach dem Ende des Ersten Weltkriegs viele Juden aus Polen. Die dritte größere Einwanderungsbewegung von Juden nach Belgien bildeten deutsche und österreichische Juden, die vor den Nazis flohen. Im Bildungsmodul sollen verschiedene Kurzbiographien die unterschiedlichen Phasen und Motive der Einwanderung und Durchwanderung verdeutlichen. Der bekannteste Migrant ist sicherlich Jean Améry. Thematisiert werden sollen desweiteren das Zusammen- und Nebeneinanderleben von Juden und Nichtjuden, die Bildung jüdischer Gemeinden, die Shoah als Zäsur, die schwierige Rückkehr vor allem für diejenigen, die vor der Deportation nicht die belgische Staatsangehörigkeit besessen hatten, und die Bildung neuer Gemeinden.

Das zweite Modul wird vom christlichen Antijudaismus und dem Wandel hin zum rassistischen Antisemitismus handeln. In dem dritten Modul soll der Aufstieg des europäischen Faschismus, die Popularität von faschistischen Ideologien und von biologistischen Vorstellungen von Volksgemeinschaft, Volksfeinden und Minderwertigen mit deutlichem Schwerpunkt auf Deutschland und Belgien thematisiert werden. Das vierte Modul soll in Anlehnung an das Modell der Phasen von Verfolgung und Vernichtung von Raul Hilberg die Kennzeichnung, Ausgrenzung, Entrechtung und Vernichtung der Juden aus Belgien skizzieren. Diese Phasen sollen in weiteren Modulen eingehender behandelt werden. Im Modul fünf, in der die erste Phase der Definition und Kennzeichnung Thema sein wird, soll der Bogen von den Nürnberger Rassegesetzen, über

das Anlegen des Judenregisters, die Einführung des Judensterns bis hin zu dem Ziel, Juden aller Staatsangehörigkeiten von Belgien aus zu deportieren, gespannt. Im sechsten Modul sollen die Razzien, die Inhaftierung, das Berauben, das Beseitigen von Spuren, die Deportationen und die Vernichtung thematisiert werden. Das siebte Modul soll die historische Situation in Belgien in dem Spannungsfeld von Widerstand, Kollaboration und Alltagsleben beleuchten. Das letzte Modul wird Material zur strafrechtlichen Verfolgung und der schwierigen Rückkehr der deportierten Juden, beinhalten und die Entstehung der Menschenrechte thematisieren.

Mit einer solchen modularen, historisch und gegenstandsbezogenen Bildungskonzeption beschreitet das Museum Mechelen einen Weg zwischen der Thematisierung der spezifischen Geschichte des Ortes und gegenstands- und gegenwartsbezogenen Universalisierungen. Dieses Spannungsfeld aufrechtzuerhalten ist die Aufgabe nicht nur der belgischen, sondern auch einer deutschen Gedenkstättenpädagogik, will sie ihrem historischen und pädagogischen Auftrag gerecht werden.

Tanja von Fransecky arbeitet an einer Promotion zu Fluchten und Fluchtversuchen aus Deportationszügen in Frankreich, Belgien und den Niederlanden.

- 1 Im Rahmen eines EU-Fachkräfteaustausches habe ich dort im Frühjahr diesen Jahres sechs Wochen lang in der pädagogischen Abteilung gearbeitet. Trägerin des Projekts »Individual and transnational political-historical education as a part of life long learning« ist die Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar.
- 2 Verordnungsblatt des Militärbefehlshabers in Belgien und Nordfrankreich für die besetzten Gebiete, Nr. 73, 24. 4. 1942, Cegesoma BAA 2125.
- 3 Reeder, Tätigkeitsbericht Nr. 20 der Militärverwaltung für die Zeit vom 15. März – 1. Juni 1942, 15. 6. 1942. In: Joods Museum van Deportatie en Verzet: De belgische tentoonstelling in Auschwitz. Het boek. L'exposition belge à Auschwitz. Le livre. 2006, S.65.
- 4 Craushaar zitiert nach Joods Museum van Deportatie en Verzet, tentoonstelling, S.75.
- 5 Siehe auch Meinen, Insa: Die Deportation der Juden aus Belgien und das Devisenschutzkommando. In: Hürter, Johannes; Zarusky, Jürgen (Hg.): Besatzung, Kollaboration, Holocaust. Neue Studien zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. München 2008, S.54.
- 6 Chaumont, Jean-Michel: Die Konkurrenz der Opfer. Genozid, Identität und Anerkennung. Lüneburg 2001, S. 23.
- 7 Musée Juif de la Déportation et de la Résistance: Guide didactique pour une visite au Musée Juif de la Déportation et de la Résistance. Mechelen o. J.
- 8 Ebenda, S.8. Im Original heißt es: »Il nous faut aller à la racine du mal, à savoir le racisme, compris comme le rejet de tout ce qui n'est pas de même race, sang, nation, peuple, ou encore, de même sexe, culture, église, ...«.
- 9 Reif-Spirek, Peter: Rechtsextremismus, Geschichtsrevisionismus und Gedenkstättenpädagogik. Einige Überlegungen. In: Benz, Wolfgang; Reif-Spirek, Peter (Hg.): Geschichtsmythen: Legenden über den Nationalsozialismus. Berlin 2003, S. 155.
- 10 Vgl. DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.: Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit, Erfurt, 2003, S. 162.
- 11 Vgl. Köbler, Gottfried; Steffens, Guido; Stillemunke, Christoph (Hg.): Spurensuche. Ein Reader zur Erforschung der Schulgeschichte während der NS-Zeit. Frankfurt am Main 1998, S. 17.
- 12 Siehe auch Hormel, Ulrike; Scherr, Albert: Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. Bonn 2005, S. 244.
- 13 Siehe auch Brockhaus, Gudrun: »Bloß nicht moralisieren!«. Emotionale Prozesse in der pädagogischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. In: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit: Holocaust Education. Wie Schüler und Lehrer den Unterricht zum Thema Nationalsozialismus und Holocaust erleben. Einsichten und Perspektiven, Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, Themenheft 1/08, S. 28–33.
- 14 Zwischen 1873 bis 1935 verließen fast drei Millionen Menschen, darunter eine halbe Millionen Juden, Europa vom Antwerpener Hafen auf den Ozeanschiffen der seit 1873 zwischen Antwerpen und den USA und Kanada verkehrenden »Red Star Linies«.

Veranstaltungshinweise

Bundesweite Gedenkstättenseminare

Bergen-Belsen/Celle, 24.–26. September 2009

52. Bundesweites Gedenkstättenseminar

»Die Präsentation von NS-Verfolgten in Ausstellungen und
Bildungsarbeit der Gedenkstätten«

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung, Stiftung Niedersächsische
Gedenkstätten, Stiftung Topographie des Terrors in Zusammenarbeit mit dem
Arbeitskreis Gedenkstättenpädagogik

Information: Thomas Lutz, Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. (030) 254509-15 | Fax (030) 254509-99

www.topographie.de | lutz@topographie.de

Trier/Hinzert, 27.–29. Mai 2010

53. Bundesweites Gedenkstättenseminar

»Die Geschichte der Polizeihaftlager – das Beispiel des SS-Sonderlagers/
KZ Hinzert und dessen Aufarbeitung in der Gedenkstätte in Hinzert«

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn,
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Katholische Akademie Trier,
Rheinland-Pfälzische Landeszentrale für politische Bildung/
NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz/Gedenkstätte SS-Sonderlager/
KZ Hinzert, Stiftung Topographie des Terrors

Information: Thomas Lutz, Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. (030) 254509-15 | Fax (030) 254509-99

www.topographie.de | lutz@topographie.de

Schwerin, 16.–18. September 2010

54. Bundesweites Gedenkstättenseminar

(Bisher ohne Titel)

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung, Gegen Vergessen –
Für Demokratie e.V., Politische Memoriale e.V. Mecklenburg Vorpommern,
Stiftung Topographie des Terrors

Information: Thomas Lutz, Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. (030) 254509-15 | Fax (030) 254509-99

www.topographie.de | lutz@topographie.de

Wewelsburg, 23.–26. Juni 2011

55. Bundesweites Gedenkstättenseminar

(Bisher ohne Titel)

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung,
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Kreismuseum Wewelsburg,
Stiftung Topographie des Terrors

Information: Thomas Lutz, Stresemannstraße 111, 10963 Berlin

Tel. (030) 254509-15 | Fax (030) 254509-99

www.topographie.de | lutz@topographie.de

Juliane Brauer: Musik im Konzentrationslager Sachsenhausen

Christine Müller

»Die Liebe zur Musik war aber stärker als die Angst.« Diese Aussage eines tschechischen Studenten zeigt eine der Dimensionen von Musik im Konzentrationslager Sachsenhausen. Auf eine umfangreiche Quellenbasis gestützt zeichnet Juliane Brauer in ihrer nun veröffentlichten Dissertation den Umgang mit und die Wahrnehmung von Musik und Gesang am Beispiel des Konzentrationslagers Sachsenhausen im Zeitraum von 1936 bis 1945 nach. Dabei geht sie auf die Bedingungen, Anlässe und Formen von befohlener und selbstbestimmter Musik ein, zeichnet die Entwicklungslinien nach und analysiert ihre unterschiedlichen Funktionen: Singen auf Befehl als Instrument der Disziplinierung und Demütigung in den Händen der SS gehörte zu deren alltäglicher Herrschaftspraxis im Lager. Ihrer Studie legt Brauer jedoch die Frage zugrunde, ob selbstbestimmte Musik gleichfalls als Überlebensstrategie im Lager gedeutet werden kann. Darin folgt Brauer Christoph Daxelmüller, der Kultur als »Summe aller Zivilisationstechniken« definiert. Das selbstbestimmte Singen und Musizieren hatte unter anderem auch die Funktion, sich der eigenen kulturellen Identität zu vergewissern und an dieser selbst unter schlimmsten Lagerbedingungen festzuhalten. Die Musik der Häftlinge war demnach auch eine Reflexion der Ereignisse im Lager: der Versuch, eine Sprache für das Erlebte zu finden. Die vorliegende, sprachlich höchst präzise Arbeit stützt sich auf eine außerordentlich gute Quellenbasis: 15 Liederbücher der deutschen Häftlinge, drei Stimm- und Liederbücher der tschechischen Studenten, zwei polnische Liederhefte, ein niederländisches Tagebuch, in dem auch Lieder verzeichnet sind, sowie drei Liederbücher der norwegischen Gefangenen. Dieses Material wird durch Zeitzeugenberichte ergänzt. Auf diese Weise gelingt es Brauer im Vergleich zu bisherigen Aufsätzen und Büchern zu diesem Thema einen sehr großen Teil der Häftlingsgesellschaft in einem Lager abzudecken.

Diese als 25. Band in der Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten erschienene Studie ist in vier Teile gegliedert. Im ersten Teil geht Brauer auf die befohlene Dimension von Musik als Herrschaftstechnik und -ritual der SS ein. Durch die gemeinsame musikalische Sozialisation und ein ähnliches Liedgut der SS wie der deutschen Häftlinge wurde Musik in den Anfangsjahren des Lagers von den Häftlingen nicht nur negativ wahrgenommen. An der erzwungenen musikalischen Begleitung von Gewaltakten und am befohlenen Singen bei Häftlingsmisshandlungen lässt sich die zunehmende Instrumentalisierung von Musik und Gesang zur systematischen Demütigung und Demoralisierung der Häftlinge nachzeichnen. Mit der zunehmenden Inhaftierung jüdischer Gefangener ab 1938 verstärkt sich die Entwicklung hin zur »musikalischen Gewalt«, also der tatsächlichen körperlichen Anstrengung des Singens (oft bei gleichzeitiger Misshandlung) und des Gefühls der Hoffnungslosigkeit unter den Gefangenen. Die kollektive Demütigung, willkürliche Bestrafung, die psychische und physische Folter werden von Brauer daher vollkommen zu Recht als »musikalischer Sadismus« bezeichnet.

Der zweite Teil beleuchtet die musikalischen Aktivitäten einzelner Häftlingsgruppen. Jedes Gruppenkapitel beginnt mit einer Schilderung der kollektiven Verfolgung

und Verhaftung und setzt sich mit dem Gruppenverständnis der Häftlinge auseinander. Ausführlich beschreibt Brauer den Gesang, die Chöre und Lagerkapellen der deutschen kommunistischen Häftlinge. Die beim Weihnachtsfest 1936 durch das gemeinsame Singen erfahrene tröstende Kraft der Musik ist Auslöser für nachfolgende musikalische Treffen. Die Liederbücher und das -repertoire zeigen, wie Musik als Gruppenstrategie genutzt wurde. Auch die tschechischen Studenten, die seit November 1939 in Sachsenhausen inhaftiert waren, nehmen diese gemeinsame Aktivität durchweg positiv wahr. Ein eigenes Unterkapitel widmet Brauer dem polnischen Lagersänger Aleksander Kuliszewicz. Die polnischen Gefangenen zeichneten sich durch besonderes musikalisches Engagement aus, da sie sehr schnell eine ausgeprägte Interessen- und Überlebensgemeinschaft bildeten. Den norwegischen Häftlingen war es aufgrund ihrer privilegierten Stellung möglich, Musik als Teil ihres Gemeinschaftslebens zu integrieren. Im dritten Teil geht Brauer auf das Wechselverhältnis von Musik und Gewalt am Beispiel der jüdischen Häftlinge und der Zeugen Jehovas ein.

Die gezielt eingesetzte und gewollt tödliche Brutalität richtete sich gegen das Stigma vom musikalischen Juden: »Es scheint, als wollten die zuständigen SS-Blockführer mit Gewalt diesen Gefangenen ihre vermutete Musikalität austreiben.« (S. 298) So wird das befohlene Singen während qualvoller Misshandlungen zu einem typischen Gewaltritual der SS. Auch bei den Zeugen Jehovas sollten mit Hilfe von erzwungenem Singen Identitäten gebrochen werden. Jedoch geriet diese Mischform aus physischer Gewalt und psychischer Demütigung aufgrund ihres ausgeprägten Gemeinschaftsbewusstseins nicht selten zu einer Demonstration des unerschütterlichen Glaubens der Zeugen Jehovas. Im vierten und letzten Teil geht Brauer auf die nationalen und internationalen Dimensionen von Musik ein. Beispielhaft werden die Weihnachtsfeste, die gruppenübergreifenden musikalischen Veranstaltungen und die internationalen Lieder in Sachsenhausen analysiert.

Insgesamt gelingt es Brauer, eine fundierte, auf breiter Quellenbasis angelegte Studie zu den musikalischen Aktivitäten von sechs Häftlingsgruppen vorzulegen und Musik und Gesang als Teil der Alltagsgeschichte im Konzentrationslager Sachsenhausen zu verorten. Die sorgfältige Analyse des Quellenmaterials und der sensible Gebrauch der Sprache – gerade in der Beschreibung der emotionalen Wirkung von Musik – zeichnen dieses Buch aus. Die Exkurse über die Lebenswege außergewöhnlicher Sänger und Musiker ermöglichen dem Leser darüber hinaus, Kenntnisse über das Erleben und Überleben in Extremsituationen mit individuellen Schicksalen zu verknüpfen.

Juliane Brauer

Musik im Konzentrationslager Sachsenhausen

Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Band 25,

Berlin 2009, Metropol Verlag,

453 Seiten, 24,- €

ISBN 978-3-940938-16-9;

Christine Müller, M.A., Historikerin, Angestellte an der Universität Heidelberg, Dezernat für Internationale Angelegenheiten. Hat zum polnischen Nachkriegsfilm und zur Berichterstattung über Jedwabne publiziert.